

Beteiligungsbericht

2025



Inhalt

Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts

BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH	4
Magdeburger Regionalverkehrsverbund GmbH - marego.....	15
ABS "Drömling" GmbH	23
Gemeinnützige Senioren- und Altenheimgesellschaft mbH Pflegeheim Klein Wanzleben .	31

Unternehmens des öffentlichen Rechts - Anstalten des öffentlichen Rechts

Kommunalservice Landkreis Börde AöR	42
---	----

Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Zweckverband Technologiepark Ostfalen	60
Zweckverband Natur- und Kulturlandschaft Drömling	65



BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH

Allgemeine Angaben zum Unternehmen:



Adresse

An der Heerstraße 4
39345 Niedere Börde - OT Vahldorf

Einteilung

Unternehmen des privaten Rechts

Gesellschaftsvertrag/Satzung

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 20.02.2018.

Stammkapital

60.000,00 €

Gesellschafter

	Anteil	Wertanteil
Landkreis Börde	100,00 %	60.000,00 €

Beteiligungen

	Anteil
Magdeburger Regionalverkehrsverbund GmbH - marego	16,27 %

Handelsregister

HRB 105228, Amtsgericht Stendal

Rechtsform

GmbH

Wirtschaftsjahr

01.01. – 31.12.

Beschluss Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung beschloss am 16.07.2025:

1. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 mit einer Bilanzsumme von 8.833.541,08 Euro und einem Jahresüberschuss von 24.239,34 Euro wird festgestellt.
2. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 24.239,34 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abschlussprüfer

Hildebrandt GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Aufgaben und Ziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Linien-, freigestellten Schul- und Gelegenheitsverkehren sowie die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Börde und Randgebieten der angrenzenden Landkreise und der Stadt Magdeburg.

Kurzbeschreibung des Unternehmens

Der Landkreis ist gemäß Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt in der Neufassung vom 31. Juli 2012 Aufgabenträger des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV). Die Durchführung dieser Aufgabe obliegt der BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH. Die Grundlage der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bilden 53 Liniengenehmigungen nach § 42 PbefG. Mit der BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH als Eigengesellschaft realisiert der Landkreis Börde eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und gewährleistet die Sicherstellung der dem öffentlichen Interesse entsprechenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs.

Der Landkreis Börde hat die BördeBus Verkehrsgesellschaft im Wege der Direktvergabe zum 01.01.2020 mit der Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) auf seinem Territorium betraut. Damit soll eine ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen gesichert werden. Am 11.06.2019 wurde ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) zwischen dem Landkreis Börde und der BördeBus Verkehrsgesellschaft unterzeichnet (Kreistagsbeschluss Nr.: 2019/80/0681 vom 15.05.2019). Dieser hat eine Laufzeit von 10 Jahren und endet am 31.12.2029.

Auf dieser Grundlage wurden von der BördeBus Verkehrsgesellschaft neue Linierverkehrsgenehmigungen für 54 Linien zum 01.01.2020 beantragt. Die neuen Linierverkehrsgenehmigungen wurden mit Bescheid des Straßenverkehrsamtes vom 12.11.2019 genehmigt und haben ebenfalls eine Gültigkeit bis zum 31.12.2029.

Der bisherige öDA und die damit verbundenen Linierverkehrsgenehmigungen enden am 31.12.2019.

Am 1. Dezember 2010 unterzeichneten die Gründungsgesellschafter des Magdeburger Regionalverkehrsverbundes mbH marego den Gesellschaftsvertrag. Am Stammkapital in Höhe von 25.000,00 € hält die BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH einen Anteil von 4.068,00 €.

Mit dem Ziel, die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen und neue Fahrgastpotentiale zu erschließen, wurde der Verbundtarif zum 12. Dezember 2010 eingeführt.

Öffentliches Interesse:

Leitziel

Sicherung bedarfsgerechter
Mobilität und
Infrastruktur

attraktiver Wohnstandort

Strategisches Ziel

wohnnah Versorgung
mit Verkehrsleistung

Zweck

bedarfsgerechter
öffentlicher
straßengebundener
Personenverkehr

Organe / Gremien und ihre Mitglieder:

Gremien

Gesellschafterversammlung

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Name	Mandatsfkt.	Fraktion	gültig
Stichnoth, Martin	Vorsitzender		
Behrens, Manfred	Mitglied	CDU	seit 09.07.2024
Böttcher, Marius	Mitglied	AfD	seit 09.07.2024
Czernitzki, Klaus	Mitglied	DIE LINKE	seit 09.07.2024
Kanngießer, Benjamin	Mitglied	UWG	seit 09.07.2024
Keindorff, Franz-Ulrich	Mitglied	FDP-Zukunft Börde	seit 09.07.2024
Kuthe, Burkhard	Mitglied	SPD	bis 08.07.2024
Müller, Werner	Mitglied	SPD	seit 09.07.2024
Schlenker, Thomas	Mitglied	Bündnis 90/Die GRÜNEN	bis 08.07.2024
Schmirander, Thomas	Mitglied	AfD	seit 09.07.2024
Walker, Hans-Joachim	Mitglied	CDU	seit 09.07.2024
Webel, Michael	Mitglied	CDU	bis 08.07.2024
Zietmann, Felix	Mitglied	AfD	bis 08.07.2024

Geschäftsführung

Erdmann, Dorita (Geschäftsführerin)

Bezüglich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführerin hat die Gesellschaft von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Wirtschaftsdaten:

Kennzahlen

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Personalaufwand in Euro	9.585.585	8.951.104	8.453.165
a) Löhne und Gehälter in Euro	7.983.026	7.440.650	6.994.404
b) soziale Abgaben in Euro	1.602.559	1.510.454	1.458.761
EBITDA in Euro	1.109.426	1.867.959	1.563.414
Umsatzrendite	0	3	1
Personalumsatzquote (Personalaufwandsquote) in %	49	46	50
Anlagedeckungsgrad I in %	87	69	66
Eigenkapitalquote I in %	39	34	34
Eigenkapitalquote II in %	39	34	34

Bilanz (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Anlagevermögen	3.989.614	5.029.966	4.193.714
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.467	29.507	12.736
Sachanlagen	3.965.079	4.996.391	4.176.910
Finanzanlagen	4.068	4.068	4.068
Umlaufvermögen	4.837.962	4.998.921	4.079.823
Vorräte	216.296	193.903	169.484
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	1.548.279	1.312.933	1.642.675
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.073.386	3.492.085	2.267.664
Rechnungsabg.posten	5.965	3.491	3.443
Summe Aktiva	8.833.541	10.032.379	8.276.980
Eigenkapital	3.472.739	3.448.500	2.785.667
Stammkapital	60.000	60.000	60.000
Kapitalrücklage	1.545.225	1.545.225	1.545.225
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.843.275	1.180.441	983.268
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	24.239	662.833	197.173
Rückstellungen	452.204	683.122	644.185
Verbindlichkeiten	4.908.598	5.900.756	4.847.129
Summe Passiva	8.833.541	10.032.379	8.276.980

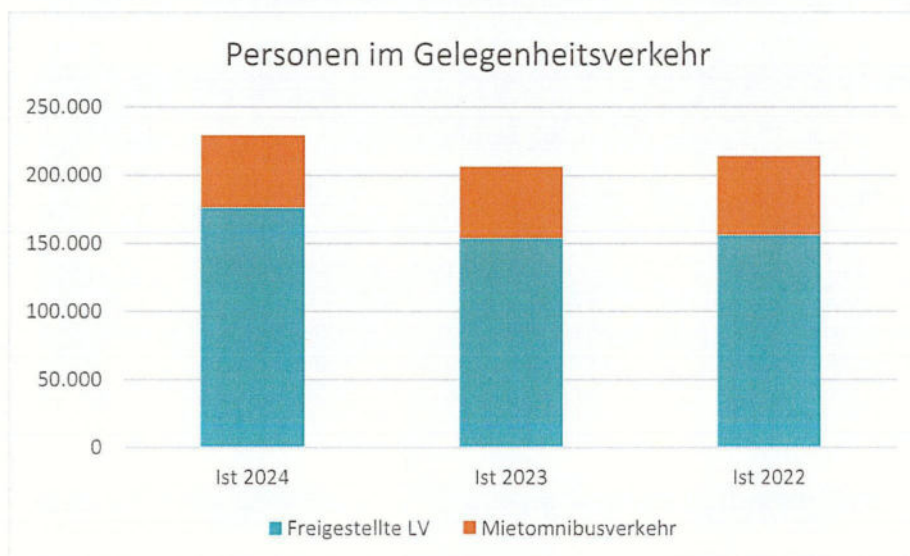
GuV (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Umsatz	19.476.985	19.311.035	16.817.011
Sonstige betriebliche Erträge	457.749	619.539	2.140.662
Materialaufwand	8.023.702	7.561.704	7.894.766
Personalaufwand	9.585.585	8.951.104	8.453.165
Abschreibungen	1.047.733	1.189.420	1.382.952
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.216.021	1.549.807	1.046.329
Zwischenergebnis	61.693	678.539	180.462
Gesamtleistung	19.934.733	19.930.574	18.957.674
Finanzergebnis	-26.811	-4.948	-35.881
Steuern	10.643	10.758	-52.592
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	24.239	662.833	197.173

Personal (alle Angaben in Anzahl)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Beschäftigte (Durchschnitt)	174	172	171

Leistungsdaten (alle Angaben in Anzahl)			
	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Schülerzeitkarten	6.038.746	5.433.869	5.315.806
Einzel-FS	273.741	357.550	325.142
Zeitkarten	107.760	139.082	346.615
Personen im LV	6.420.247	5.930.501	5.987.563
Freigestellte LV	175.814	153.476	155.695
Mietomnibusverkehr	52.838	52.191	57.513
Personen im GV	228.652	205.667	213.208
Gesamt	6.648.899	6.136.168	6.200.771



1. Allgemeine und strukturelle Entwicklung

Die Gesellschaft betreibt den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Börde. Über die Kreisgrenze hinaus werden die Landeshauptstadt Magdeburg sowie Gemeinden im Altmarkkreis Salzwedel und in Niedersachsen angefahren.

Grundlage dieser Verkehre bilden 53 Linienverkehrsgenehmigungen nach § 42 PBefG.

Die Realisierung der Linienverkehre erfolgt unter Einbeziehung von 3 vertragsgebundenen Unternehmen mit Standard-Linienbussen sowie 4 Unternehmen mit Kleinbussen.

Durch, und im Auftrag der BördeBus VGmbH wurde im Jahr 2024 eine Verkehrsleistung in Höhe von 8.801.356 Wagenkilometern erbracht. Hiervon entfielen 8.592.184 Wagenkilometer auf den Linienverkehr gemäß § 42 PBefG.

Die BördeBusVerkehrsgesellschaft mbH verfügt über ein integriertes Managementsystem.

Sie ist außerdem verpflichtet, ein Energieaudit nach § 8 EDL-G durchzuführen.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich um TEUR 1.198 auf TEUR 8.834 verringert.

Diese Entwicklung ist auf der Aktivseite auf Abnahmen des Anlagevermögens um TEUR 1.040 und des Umlaufvermögens um TEUR 158 zurückzuführen.

Auf der Passivseite resultiert der Rückgang der Bilanzsumme aus Verminderungen des mittel- und langfristigen Fremdkapitals um TEUR 913 und des kurzfristigen Fremdkapitals um TEUR 310.

Das Eigenkapital ist im Berichtsjahr in Höhe des Jahresüberschusses um TEUR 24 auf TEUR 3.473 gestiegen. Die Eigenkapitalquote am Bilanzstichtag beträgt 39,4 % (Vj: 34,4 %).

2.2 Finanzlage

Im Berichtsjahr wurde ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR 480 erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Mittelzuflüsse aus Investitionstätigkeit (TEUR 107) und der Mittelabflüsse aus Finanzierungstätigkeit (TEUR -1.006) ergab sich eine Verringerung des Finanzmittelbestandes um TEUR 419 auf TEUR 3.073 zum Bilanzstichtag.

Die der Gesellschaft von den Hausbanken eingeräumten Kreditlinien in Höhe von TEUR 600 wurden zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr stet in der Lage, die fälligen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

2.3 Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 24 einen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 639 niedrigeren Gewinn aus.

Die Umsatzerlöse sind mit TEUR 19.477 um TEUR 166 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Posten enthält mit TEUR 13.133 Zuwendungen und mit TEUR 6.094 Personenverkehrserlöse.

Die Betriebsleistung hat sich von TEUR 19.530 im Vorjahr um TEUR 206 (=1, 1%) auf TEUR 17.736 erhöht. Die betrieblichen Aufwendungen sind von TEUR 19.041 im Vorjahr um TEUR 828 (=4, 3%) auf TEUR 19.869 gestiegen. Das Betriebsergebnis hat sich daher im Vorjahresvergleich um TEUR 622 auf TEUR -133 vermindert.

Das Finanzergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 22 auf TEUR -27 zurückgegangen. Das neutrale Ergebnis ist von TEUR 179 im Vorjahr auf TEUR 184 im Berichtsjahr gestiegen.

3. Personal- und Sozialwesen

Im Jahresdurchschnitt waren 174 (VJ: 172) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Der Lohn- und Gehaltstarif lief zum 30. April 2025 aus.

4. Ausblick sowie Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Auf der Grundlage des durch den Kreistag im Dezember 2017 beschlossenen Nahverkehrsplanes hat die BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH am 30. August 2019 den Antrag auf Wiedererteilung der Liniengenehmigungen zum 1. Januar 2020 gestellt. Dem Antrag wurde mit Bescheid vom 12. November 2019 stattgegeben. Der Öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDA) für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2029 wurde am 11. Juni 2019 unterzeichnet.

Die BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH hat ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Die Dokumentation erfolgt in einem Risikohandbuch. Im Rahmen dieser Dokumentation werden Risiken und Maßnahmen sowie Kontrollen zur Bewertung der Risiken definiert.

Risiken der Künftigen Entwicklung bestehen vor allem im Fachkräftemangel sowie in steigenden Energie- und Kraftstoffkosten.

Chancen bestehen u. a. in der Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste durch die Einführung des Deutschlandtickets.

Mit dem Ziel, den ÖPNV in Deutschland attraktiver zu machen, wurde auf Betreiben der Politik das „Deutschlandticket“ (D-Ticket) beschlossen und zum 1. Mai 2023 bundesweit eingeführt. Beim D-Ticket handelt es sich um ein Abonnement, welches in digitaler Ausgabeform (Chipkarte, Handyticket) zu einem Preis von monatlich aktuell EUR 58 zur Nutzung des ÖPNV in ganz Deutschland berechtigt

Da dieser monatlich zu zahlende Preis teilweise deutlich unterhalb der bisherigen Angebote liegt, wird der Verkauf des D-Tickets bis einschließlich 2025 durch Finanzmittel des Bundes unterstützt.

Für 2025 ist die Einführung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens (EAV) auf Bundes- und Landesebene geplant (Stufe 2). Dabei wird weiterhin der Wohnort des Fahrgastes (PLZ) das maßgebliche Verteilungskriterium für einen Ausgleich auf Bundesebene sein (16 Bundesländer). Per Vorabzuscheidungen werden vom Bruttofahrgeld eines D-Tickets der sogenannte Vertriebsanreiz in Euro abgezogen und vom Unternehmen einbehalten. Anschließend werden 3% des verbleibenden Betrages abgezogen und den Bundesländern nach einem Verteilungsschlüssel zugeordnet (sogenannte 17. Schublade, touristische Schublade).

Die nach Vorabzuscheidung verbleibenden Einnahmen werden nach dem Postleitzahlgebiet den Bundesländern zugeteilt. Für das Land Sachsen-Anhalt ist in der Landes-EAV für Verkehrsunternehmen der Einnahmeeinbehalt vorgesehen für Verkäufe des D-Tickets, im eigenen Verkehrsgebiet an Fahrgäste, die ihren Wohnort im eigenen Verkehrsgebiet haben. Dies trifft im Wesentlichen auf die verkauften D-Tickets im Schülerverkehr des Landkreises Börde zu.

Insgesamt wird sich der Bedarf an öffentlichen Zuwendungen deutlich erhöhen (ÖDA, Entwicklung der Regionalisierungsmittel).

Es wird auf die geringen Einflussmöglichkeiten des Unternehmens insbesondere bei der Beschaffung von Energie (Kraftstoffe und stationärer Verbrauch) und beim Bezug von Verkehrsleistungen verwiesen. Bei den Kraftstoffkosten liegt das Preisniveau gegenwärtig auf dem Niveau des Vorjahres, jedoch weiterhin ca. 23 % oberhalb der Kosten in 2021.

Die Einführung des D-Tickets hat zu einer veränderten Verkehrsnachfrage auch auf lokaler Ebene geführt. Insbesondere bei Teilen der Rufbusverkehre zeigt sich, dass diese Verkehrsform nicht mehr der Fahrgastnachfrage entspricht. Hier wurde bereits begonnen, einzelne Fahrten in ein reguläres (ständiges) Verkehrsangebot mit Linienbussen umzustellen. Wegen des bestehenden Fachkräftemangels bei Betreibern und deren Subunternehmern stoßen die Möglichkeiten des Ausbaues des Verkehrsangebotes insgesamt an ihre Grenzen.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit Umsatzerlösen von TEUR 21.349, sonstigen betrieblichen Erträgen von TEUR 185, Materialaufwendungen von TEUR 8.696, Personalaufwendungen von

TEUR 10.229, Abschreibungen von TEUR 1.033, sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 1.446 und Zinsaufwendungen von TEUR 85 gerechnet. Es wird daher ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 33 erwartet.

Allgemeine Angaben zum Unternehmen:



Adresse

Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg

Einteilung

Unternehmen des privaten Rechts

Gesellschaftsvertrag/Satzung

Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 26.03.2014.

Stammkapital

25.000,00 €

Gesellschafter

	Anteil	Wertanteil
BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH	16,27 %	4.068,00 €
DB Regio AG Region Südost	8,11 %	2.026,00 €
Kreisverkehrsgesellschaft Salzland mbH	15,85 %	3.962,00 €
Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG	39,91 %	9.978,00 €
Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH	8,55 %	2.138,00 €
ODEG Ostdeutsche Eisenbahn GmbH	2,20 %	551,00 €
Regionalverkehre Start Deutschland GmbH	9,11 %	2.277,00 €

Mit notarieller Urkunde vom 3. Dezember 2024 hat die Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle/Saale, ihre Geschäftsanteile an der Gesellschaft an die Regionalverkehre Start Deutschland GmbH, Frankfurt/Main, veräußert und ist damit als Gesellschafter ausgeschieden.

Handelsregister

HRB 14170, Amtsgericht Stendal

Rechtsform

GmbH

Wirtschaftsjahr

01.01. – 31.12.

Beschluss Jahresabschluss

Am 11.06.2025 wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen:

1. Der Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2024 mit einer Bilanzsumme von 953.305,63 Euro und einem Jahresüberschuss in Höhe von 16.093,82 Euro wird fest gestellt.
2. Dem Geschäftsführer Herrn Marcel Czarnecki wird für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 16.093,82 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Die Differenz zwischen Mittelabfluss und Vorauszahlung der Verkehrsunternehmen auf Basis der Dienstleistungsvereinbarung beträgt 156.598,35 Euro und wird nach Spitzabrechnung den Verkehrsunternehmen rückerstattet.

Abschlussprüfer

Hildebrandt GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Aufgaben und Ziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Abstimmung, Ausgestaltung und Erfüllung der im gemeinsamen Interesse der Gesellschafter zu koordinierenden Aufgaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im eigenen Namen und/oder für Dritte im Wege der Geschäftsbesorgung oder als sonstige Dienstleistung.

Kurzbeschreibung des Unternehmens

Die marego. GmbH übernimmt für die Gesellschafter im Verbundgebiet insbesondere folgende Aufgaben:

- Erarbeitung und Weiterentwicklung eines möglichst einfachen, fahrgastfreundlichen und überschaubaren Verbundtarifs unter Berücksichtigung der Aufwands- und Ertragsentwicklung
- Vereinbarung mit Dritten über Übergangstarife und sonstige verkehrliche und tarifliche Kooperationen
- Erarbeitung, Fortschreibung und Umsetzung der Einnahmenaufteilung unter den Verbundunternehmen
- Ermittlung verbundbedingter Lasten und Verhandlungen über den Ausgleich
- Erstellung, Fortschreibung und Umsetzung eines Kostenaufteilungsverfahrens zur Finanzierung der durch Erträge und Zuschüsse nicht gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft

Ziel des gemeinsamen Tarifs in der Region Magdeburg ist eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und das Erschließen zusätzlicher Fahrgastpotentiale.

Öffentliches Interesse:

Ziel des Unternehmens ist die Abstimmung, Ausgestaltung und Erfüllung der im gemeinsamen Interesse der Gesellschafter zu koordinierenden Aufgaben im öffentlichen Personennahverkehr im eigenen Namen und / oder für Dritte im Wege der Geschäftsbesorgung oder als sonstige Dienstleistung.

Dies umfasst alle öffentlichen Personennahverkehre mit Eisenbahn nach § 3 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz, mit Straßenbahnen und Kraftfahrzeugen nach §§ 42 und 43

Personenbeförderungsgesetz sowie ergänzende Verkehre mit alternativen Bedienungsformen, die zum Leistungsangebot im ÖPNV gehören, und Fahren in der Landeshauptstadt

Organe / Gremien und ihre Mitglieder:

Gremien

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Czarnecki, Marcel (Geschäftsführer)

Bezüglich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer hat die Gesellschaft von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Wirtschaftsdaten:

Kennzahlen

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Personalaufwand in Euro	407.368	308.667	293.329
a) Löhne und Gehälter in Euro	305.818	224.707	232.652
b) soziale Abgaben in Euro	101.549	83.960	60.677
EBITDA in Euro	29.366	21.573	18.540
Umsatzrendite in %	2	2	2
Personalumsatzquote (Personalaufwandsquote) in %	49	50	61
Anlagendeckungsgrad 1 in %	831	7.640	4.014
Eigenkapitalquote I in %	19	17	5
Eigenkapitalquote II in %	19	17	5

Bilanz (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Anlagevermögen	21.574	2.135	3.760
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.816	2	1.000
Sachanlagen	3.758	2.133	2.760
Umlaufvermögen	919.246	937.272	3.034.745
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	353.280	352.300	1.515.148
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	565.966	584.972	1.519.598
Rechnungsabg.posten	12.486	15.198	1.012
Summe Aktiva	953.306	954.605	3.039.518
Eigenkapital	179.175	163.081	150.941
Stammkapital	25.000	25.000	25.000
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	138.081	125.941	116.279
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16.094	12.140	9.662
Rückstellungen	230.207	238.817	403.189
Verbindlichkeiten	543.924	552.707	2.485.388
Summe Passiva	953.306	954.605	3.039.518

GuV (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Umsatz	826.930	616.591	484.767
Sonstige betriebliche Erträge	37.251	44.782	51.448
Personalaufwand	407.368	308.667	293.329
Abschreibungen	5.339	3.649	4.421
Sonstige betriebliche Aufwendungen	427.447	331.133	224.346
Zwischenergebnis	24.027	17.924	14.119
Gesamtleistung	864.181	661.372	536.215
Finanzergebnis	58	35	0
Steuern	7.992	5.819	4.457
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	16.094	12.140	9.662

Personal (alle Angaben in Anzahl)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Beschäftigte (Durchschnitt)	6	5	4

Auszüge aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024:

1. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf ist insgesamt als positiv zu bewerten. Das Geschäftsjahr wurde, wie in den Vorjahren, mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen.

Im Jahr 2024 lag der Fokus der Verbundarbeit auf den folgenden Themen:

- Begleitung der Themengebiete rund um das Deutschland-Ticket, insbesondere die Mitgestaltung des Landeseinnahmeaufteilungsverfahrens in Sachsen-Anhalt.
- Initiierung der landesweiten brancheninternen Initiative zur Harmonisierung des ÖPNV in Sachsen-Anhalt.
- Festlegung der Strategie „marego 2030“ für den Verkehrsverbund und die Umsetzung der ersten Schritte zu ihrer Realisierung.
- Vorbereitung des Gesellschafterwechsels und Beitritt der Regionalverkehre Start Deutschland GmbH.
- Stabilisierung der Personallage im Verbundbüro.

2. Lage der Gesellschaft und Geschäftsergebnis

2.1 Ertragslage

Aus den für die Gesellschafter erbrachten Service- und Managementleistungen resultierten für das Geschäftsjahr 2024 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 827 (Vj: TEUR 617). Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen TEUR 14 (Vj: TEUR 9) auf die Erstattungen bei Arbeitsunfähigkeit.

Größter Posten bei den betrieblichen Aufwendungen stellten mit TEUR 407 (Vj: TEUR 309) die Personalkosten dar (Gehälter inkl. sozialer Abgaben).

Insgesamt konnte ein Jahresüberschuss von TEUR 16 (Vj: TEUR 12) erzielt werden.

2.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist von TEUR 955 im Vorjahr um TEUR 2 auf TEUR 953 zurückgegangen.

Diese Entwicklung beruht auf der Aktivseite vor allem auf einer Abnahme des Umlaufvermögens um TEUR 22. Der Rückgang des Umlaufvermögens ist im Wesentlichen auf Verminderungen der liquiden Mittel um TEUR 19 zurückzuführen. Gegenläufig dazu ist das Anlagevermögen um TEUR 20 gestiegen.

Auf der Passivseite resultiert der Rückgang der Bilanzsumme bei einer Erhöhung des Eigenkapitals um TEUR 16 aus der Abnahme des kurzfristigen Fremdkapitals um TEUR 18.

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über ein Eigenkapital in Höhe von TEUR 179.

Das Eigenkapital hat sich entsprechend des im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresüberschusses erhöht. Die Eigenkapitalquote ist daher von 17,1 % im Vorjahr auf 18,8 % zum Bilanzstichtag gestiegen.

Die Verminderung des kurzfristigen Fremdkapitals beruht im Wesentlichen auf Rückführungen der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um TEUR 117. Gleichzeitig sind die Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten um TEUR 101 gestiegen.

2.3 Finanzlage

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr aus der laufenden Geschäftstätigkeit einen Cashflow von TEUR 6 und einen Cashflow aus Investitionstätigkeit von TEUR -25 erzielt. Der Finanzmittelbestand ist daher von TEUR 585 zum Bilanzstichtag des Vorjahres um TEUR 19 auf TEUR 566 zum Bilanzstichtag zurückgegangen.

Die Überdeckung in der Liquidität ersten Grades beträgt TEUR 145 (Vj: TEUR 146).

Die Finanzlage der Gesellschaft ist weiterhin positiv und stabil. Es wurden im Geschäftsjahr 2024 keine Kredite aufgenommen und keine größeren Investitionen getätigt. Das Finanzierungsmodell des Magdeburger Regionalverkehrsverbundes marego über eine Dienstleistungsvereinbarung stellt diesen Sachverhalt auch zukünftig sicher. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

Wesentliche Finanzinstrumente stellen die kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sowie die liquiden Mittel dar. Unser Risikomanagement in Bezug auf Finanzinstrumente ist neben einer Liquiditätsplanung auf eine zeitnahe Realisierung von Forderungen ausgerichtet. Ausfallrisiken, Liquiditätsrisiken oder Risiken aus Zahlungsschwankungen sehen wir nicht.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Finanzierung der Gesellschaft ist, wie auch in den Vorjahren, durch eine Dienstleistungsvereinbarung (Vertrag zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 7 Verbundtarif-Kooperations- und Einnahmeaufteilungsvertrag) mit den Gesellschaftern sowie eine Kooperationsvereinbarung mit den Kooperationspartnern - also den Verkehrsunternehmen, die den Verbundtarif marego zwar anerkennen und verkaufen, selbst aber nicht Gesellschafter werden wollen - sichergestellt.

Aufgrund der geringen Mitarbeiterzahl und des geringen Durchschnittsalters bestehen weiterhin Risiken durch Mitarbeiterfluktuation, denen aber durch eine proaktive Personalpolitik inklusive der Personalpflege entgegengewirkt werden kann.

4. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2025 bei Umsatzerlösen von TEUR 1.011, Personalaufwendungen von TEUR 534 und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 439 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 25.

Im Jahr 2025 stehen die weitere Vorbereitung der Umsetzung der Strategie „marego 2030“ sowie die Stärkung der regionalen Vernetzung im Fokus. Ziel ist es, die Bedeutung des marego-Verbundes weiter auszubauen - insbesondere durch die Maßnahmen im Rahmen des Jubiläumsjahres „15 Jahre marego“.

ABS "Drömling" GmbH

Allgemeine Angaben zum Unternehmen:



Adresse

Straße der Jugend 6
38486 Klötze

Einteilung

Unternehmen des privaten Rechts

Gesellschaftsvertrag/Satzung

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 24.11.2020.

Stammkapital

26.100,00 €

Gesellschafter

	Anteil	Wertanteil
Landkreis Börde	50,00 %	13.050,00 €

Handelsregister

HRB 1613, Amtsgericht Stendal

Rechtsform

GmbH

Wirtschaftsjahr

01.01. – 31.12.

Beschluss Jahresabschluss

Am 23.09.2025 wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen:

1. Der von der JK MaTAX Wirtschaftsprüfung GmbH Magdeburg – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31.12.2024 wird festgestellt.
2. Der Geschäftsführerin wird für das Wirtschaftsjahr 2024 die Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 440,87 Euro wird in die Gewinnrücklage eingestellt.

Abschlussprüfer

JKMaTAX Wirtschaftsprüfung GmbH

Aufgaben und Ziele

Gegenstand des Unternehmens laut Gesellschaftsvertrag ist die Erarbeitung und Koordinierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer, Maßnahmen der Landschafts- und Denkmalpflege, die sanfte touristische Erschließung, Vorbereitung und Realisierung von umweltsanierenden Maßnahmen, die Stärkung der wirtschaftlichen Infrastruktur sowie Unterstützung von Existenzgründungen.

Kurzbeschreibung des Unternehmens

Die Arbeitsförderung, Beschäftigung, Strukturentwicklung Drömling GmbH (ABS) wurde als Träger verschiedener arbeitsförderlicher Maßnahmen im Jahr 1993 zwischen den ehemaligen Landkreisen Klötze, Gardelegen und Haldensleben gegründet. Nach den Gebietsreformen des Landes Sachsen-Anhalt 1994 und 2007 sind nunmehr Gesellschafter der Altmarkkreis Salzwedel und der Landkreis Börde.

Öffentliches Interesse:

Die Gesellschaft wurde mit dem Ziel gegründet, die Beschäftigungsstruktur im Rahmen von arbeitsfördernden Maßnahmen zum Wohl der Einwohner zu verbessern. Die Arbeit der Gesellschaft steht damit im Einklang mit dem öffentlichen Interesse. Das Unternehmen ist gemäß § 128 i. V. m. § 135 KVG LSA als zulässig zu betrachten.

Organe / Gremien und ihre Mitglieder:

Gremien

Gesellschafterversammlung

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Name	Mandatsfkt.	Fraktion	gültig
Kraul, Hans-Werner	Mitglied	CDU	seit 09.07.2024
Miegel, Ralf	Mitglied	AfD	seit 09.07.2024
Müller, Werner	Mitglied	SPD	bis 08.07.2024
Stichnoth, Martin	Mitglied		

Geschäftsführung

Kampe, Ines (Geschäftsführerin)

Bezüglich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführerin hat die Gesellschaft von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Wirtschaftsdaten:

Kennzahlen

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Personalaufwand in Euro	413.718	448.099	495.951
a) Löhne und Gehälter in Euro	332.788	357.851	395.487
b) soziale Abgaben in Euro	80.929	90.249	100.463
EBITDA in Euro	24.469	27.002	34.692
Umsatzrendite	0	0	0
Personalumsatzquote (Personalaufwandsquote) in %	60	63	59
Anlagedeckungsgrad 1 in %	226	152	132
Eigenkapitalquote I in %	35	33	29
Eigenkapitalquote II in %	35	33	29

Bilanz (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Anlagevermögen	33.452	49.488	56.697
Immaterielle Vermögensgegenstände	588	1.031	2.599
Sachanlagen	32.864	48.457	54.098
Umlaufvermögen	176.508	165.558	193.366
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	8.125	26.062	20.607
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	168.383	139.495	172.759
Rechnungsabg.posten	6.063	10.638	12.320
Summe Aktiva	216.023	225.684	262.382
Eigenkapital	75.501	75.060	74.784
Stammkapital	26.100	26.100	26.100
Kapitalrücklage	18.706	18.706	18.706
Gewinnrücklagen	30.254	29.978	29.455
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	441	276	522
Sonderposten zur Finanzierung des SAV	72	359	674
Rückstellungen	51.671	71.163	87.026
Verbindlichkeiten	88.780	79.102	99.898
Summe Passiva	216.023	225.684	262.382

GuV (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Umsatz	684.432	710.523	842.953
Sonstige betriebliche Erträge	27.942	43.199	65.633
Materialaufwand	50.704	56.125	103.757
Personalaufwand	413.718	448.099	495.951
Abschreibungen	19.979	21.795	28.274
Sonstige betriebliche Aufwendungen	223.484	222.495	274.187
Zwischenergebnis	4.490	5.207	6.418
Gesamtleistung	712.374	753.722	908.586
Finanzergebnis	0	0	0
Steuern	4.049	4.931	5.896
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	441	276	522

Personal (alle Angaben in Anzahl)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Beschäftigte (Durchschnitt)	93	95	130

Auszüge aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024:

Entsprechend des Gegenstandes des Unternehmens war die ABS „Drömling“ GmbH hauptsächlich in Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes, der sanften touristischen Erschließung von Gebieten, des sozialen und kulturellen Bereiches sowie zur Stärkung der wirtschaftlichen Infrastruktur tätig.

Nachfolgende arbeitsmarktfördernde Maßnahmen wurden abgeschlossen bzw. begonnen:

	<u>Maßnahmen</u>	<u>Kostenstellen</u>
Arbeitsgelegenheiten	29	29
Eingliederungszuschuss § 16i SGB II	1	1
Eingliederungszuschuss	1	1
Sondermaßnahmen		3
<u>Bundesfreiwilligendienst</u>	<u>1</u>	<u>2</u>
2024 insgesamt:	32	36

Es wurden insgesamt 32 arbeitsfördernde Maßnahmen durchgeführt, wobei die Laufzeit 1 — 12 Monate betrug. Die Zahl der abzurechnenden Kostenstellen lag bei 36, da Aufwendungen einiger Maßnahmen aufgrund unterschiedlicher Förderungen gesplittet wurden.

Die ABS „Drömling“ GmbH beschäftigte im Jahr 2024 durchschnittlich 93 Personen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 2 Beschäftigten.

Von den 93 Beschäftigten waren 9 (9,12 %) über ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis tätig, im Vorjahr waren es 11 Arbeitnehmer/innen.

Über das Bundesprogramm „Teilhabe am Arbeitsleben“ nach § 16i Zweites Buch Sozialgesetzbuch wurde eine Teilnehmerin bereits seit dem 01.06.2022 beschäftigt.

Pro Maßnahme ergab sich eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 2,92 (2023 — 2,32).

Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden nicht mehr so wie in den zurückliegenden Jahren gefördert. Weniger Beschäftigte in geförderten Projekten heißt auch — weniger Betreuer, geringerer Personalaufwand.

Die Jobcenter favorisierten auch 2024 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen bei der Bewilligungspraxis.

Die Gesellschaft hat die entstandenen Aufwendungen für laufende Projekte durch Zuschüsse finanziert. Im Geschäftsjahr 2024 wurden Aufwandszuschüsse in Höhe von 527 T€ (Vorjahr 535 T€) vereinnahmt. Die Höhe der Zuschüsse sank minimal im Vergleich zum Vorjahr. Gründe sind, dass es keine Programme gibt, die Projekte mit einem sozialversicherungspflichtigen Einkommen fördern und neue Arbeitsgelegenheiten reduziert wurden. Die Zuschüsse der Jobcenter, der Kommunen, der Gesellschafter und anderer Zuwendungsgeber (Bund — Bundesfreiwilligendienst) wurden termingerecht bereitgestellt.

Die Liquidität der Gesellschaft war 2024 gesichert.

Im Berichtszeitraum weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 440,87 € aus.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Schwerpunkt der Nutzung arbeitsfördernder Instrumente liegt weiterhin bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen. Die zu beschäftigenden Personen sind schwervermittelbare langzeitarbeitslose Bürgergeldbezieher mit multiplen Vermittlungshemmnissen.

Sie werden an einen strukturierten Arbeitsalltag herangeführt, kommen Pflichten nach (pünktliches Erscheinen am Arbeitsort, Einhaltung der Pausenzeiten, Umsetzen der Arbeiten in einer entsprechenden Qualität) und haben wieder soziale Kontakte.

Ziel ist die Stärkung des Selbstwertgefühles dieser Personen und die Vorbereitung zur Aufnahme einer Tätigkeit auf dem 1. Arbeitsmarkt.

Im Bundesprogramm „Teilhabe am Arbeitsmarkt 816i SGB II“ wird im Landkreis Börde eine Mitarbeiterin in der Maßnahme „Kinderschutzbund“ seit 01.06.2022 bis 31.05.2027 über ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis beschäftigt.

Da es keine neuen Förderprogramme des Bundes und der Länder gab, übernahm die ABS „Drömling“ GmbH die Abrechnung eines Bundesfreiwilligen im Altmarkkreis Salzwedel Freilichtmuseum Diesdorf vom 01.05.2023 bis 31.12.2024 und vom 01.02.2025 bis zum 31.01.2026.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft erhält zur Durchführung von arbeitsfördernden Maßnahmen Zuschüsse des Bundes, der Landkreise und der Kommunen und ist insoweit sehr von politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen abhängig.

Die Bundesregierung hat mit Einführung des Bürgergeldes 2023 den Fokus auf die Aus- und Weiterbildung von Bürgergeldbeziehern gelegt.

Ein großer Teil unserer Klientel ist den sich daraus ergebenden Anforderungen nicht gewachsen.

Die Betreuung der Langzeitarbeitslosen bleibt schwierig.

Die Teilnehmer arbeiten 20 Stunden wöchentlich an 4 bzw. 5 Tagen. Es sind viele einzelne kleine Gruppen, die weit im Territorium verteilt und täglich vom Betreuer anzufahren sind, um die Anleitung und Kontrolle der Teilnehmer zu garantieren.

Die arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen, die hier beschäftigt werden, haben eine vergleichsweise geringe berufliche Einstiegschance auf dem 1. Arbeitsmarkt.

Neue Förderprogramme des Bundes und der Länder, die eine weitere Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen ermöglichen, gibt es momentan nicht.

Die Zuteilung von arbeitsfördernden Maßnahmen durch die Jobcenter erfolgt entsprechend der aktuell vorliegenden Haushaltssituation.

Der bisher noch nicht bewilligte Bundeshaushalt hemmt die Beschäftigung in geförderten Projekten absolut.

Planungssicherheit ist derzeit nicht gegeben.

Die Jobcenter des Altmarkkreises Salzwedel und des Landkreises Börde bewilligen überwiegend Arbeitsgelegenheiten für kurze Zeiträume (zwischen 5 und max. 12 Monaten).

Nur ein geringer Teil der Maßnahmen läuft jahresübergreifend.

In den Monaten Januar bis März und Oktober bis Dezember ist die Anzahl der Teilnehmer stark rückläufig.

Fallen die Teilnehmerzahlen im Jahresdurchschnitt unter 50 oder gibt es gravierende Steigerungen der Kosten ist die Existenz der ABS „Drömling“ GmbH gefährdet.

Die Lage ist nach wie vor angespannt. Die Befristung von Arbeitsverträgen ist für die Gesellschaft ein sehr großes Risiko! Entspannt sich die Fördersituation, ist es schwierig flexibel und schnell zu reagieren!

Fachkräfte sind Mangelware!

Geeignete engagierte Mitarbeiter für den Leitungs- und Verwaltungsbereich zu finden, bleibt weiterhin ein Problem.

Auf dem Arbeitsmarkt steht kaum Personal zur Verfügung. Hinzu kommt die stets befristete Einstellung auf Grund der relativ kurzen Laufzeiten der Arbeitsgelegenheiten.

Die ABS „Drömling“ GmbH kann auf ein großes Angebot an Arbeitsaufgaben im gemeinnützigen Bereich zurückgreifen.

Die Besetzung der AGH-Plätze gestaltet sich aufgrund der zu erfüllenden Zuweisungskriterien als schwierig.

Rahmenbedingungen, wie Zusätzlichkeit, Grundsätze der Wettbewerbsneutralität, öffentliches Interesse und Zuweisungskriterien der Teilnehmer müssten vom Gesetzgeber überarbeitet werden, um den Einsatz von Bürgergeldbeziehern, möglichst auch innerhalb von Kommunen zu erleichtern und ihnen das Gefühl zu geben, ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein.

Dieser Personenkreis ist keine Konkurrenz zum 1. Arbeitsmarkt!

Asylsuchende sollten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz § 5 wie auch Migranten, die schon längere Zeit in Deutschland wohnen und Bürgergeld beziehen, die Möglichkeit bekommen, an geförderten Maßnahmen teilzunehmen.

Dies würde die Integration dieses Personenkreises/soziale Integration erleichtern und fördern und könnte für die ABS „Drömling“ GmbH ein neues Betätigungsfeld auch jahresübergreifend sein. Jeder sollte für eine Leistung, die er von der Gesellschaft erhält, eine Gegenleistung für die Gesellschaft erbringen!

Auch die ABS „Drömling“ GmbH muss die steigenden Produktionskosten, höheren Personalkosten und dergleichen, die den laufenden Geschäftsbetrieb beeinflussen, tragen. Die Kosten, die nicht vom Bund finanziert werden, müssen die Einsatzstellen als Nutznießer der Maßnahmen übernehmen.

Das wird auf Grund der angespannten Haushaltssituation immer schwieriger.

Es ist wichtig, dass die ABS „Drömling“ GmbH weiter unterstützt wird!

Die Finanzierung der Aufwendungen für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes ist nicht ohne die Gewährung der Zuschüsse der Gesellschafter möglich.

Die ABS „Drömling“ GmbH benötigt für das Jahr 2025, wie geplant, 200 T€ Zuschüsse der Gesellschafter.

Aus heutiger Sicht ist damit die Liquidität für das Jahr 2025 gesichert.

Gemeinnützige Senioren- und Altenheimgesellschaft mbH Pflegeheim Klein Wanzleben

Allgemeine Angaben zum Unternehmen:



Adresse

Kastanienallee 9
39164 Wanzleben Börde

Einteilung

Unternehmen des privaten Rechts

Gesellschaftsvertrag/Satzung

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 20.02.2018.

Stammkapital

25.564,59 €

Gesellschafter

	Anteil	Wertanteil
Landkreis Börde	100,00 %	25.564,59 €

Handelsregister

HRB 104312, Amtsgericht Stendal

Rechtsform

gGmbH

Wirtschaftsjahr

01.01. – 31.12.

Beschluss Jahresabschluss

Am 15.07.2025 wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen:

1. Der Jahresabschluss 2024 mit einer Bilanzsumme von 6.721.177,11 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 175.908,17 EUR wird festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 175.908,17 EUR wird zusammen mit den Entnahmen aus Betriebsmittelrücklagen in Höhe von 2.322.627,92 EUR in Betriebsmittelrücklagen in Höhe von 2.475.536,09 EUR und in freie Rücklagen von 23.000,00 EUR eingestellt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung erteilt.

Abschlussprüfer

Dr. Hans-Joachim Klemm

Aufgaben und Ziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Betreuung und Pflege hilfs- und pflegebedürftiger Menschen in dafür vorhandenen und neu geschaffenen Einrichtungen.

Öffentliches Interesse:

Leitziel

attraktiver Wohnstandort

Flächendeckende
Versorgung mit
Pflegeleistung

Strategisches Ziel

stationäre Versorgung
mit Pflegeleistungen

Zweck

stationäre Altenhilfe

```
graph LR; L1[attraktiver Wohnstandort] --> S[stationäre Versorgung mit Pflegeleistungen]; L2[Flächendeckende Versorgung mit Pflegeleistung] --> S; S --> Z[stationäre Altenhilfe];
```

Organe / Gremien und ihre Mitglieder:

Gremien

Gesellschafterversammlung

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Name	Mandatsfkt.	Fraktion	gültig
Stichnoth, Martin	Vorsitzender		
Ackermann, Jens	Mitglied	FDP-Zukunft Börde	seit 09.07.2024
Freese, Knut	Mitglied	FDP	bis 08.07.2024
Frenkel, Frank	Mitglied	UWG	seit 09.07.2024
Hort, Petra	Mitglied	DIE LINKE	bis 08.07.2024
Jackowicz, Siegfried	Mitglied	SPD	seit 09.07.2024
Kühn, Andreas	Mitglied	AfD	bis 08.07.2024
Joachim			
Kühne, Claus-Christian	Mitglied	CDU	bis 08.07.2024
Matz, Grit	Mitglied	CDU	seit 09.07.2024
Rademacher, Detlef	Mitglied	AfD	seit 09.07.2024
Ruch, Carmen	Mitglied	AfD	seit 09.07.2024
Schubert, Torsten	Mitglied	CDU	seit 09.07.2024
Stürmer, René	Mitglied	UWG	bis 08.07.2024
Tiedge, Gudrun	Mitglied	DIE LINKE	seit 09.07.2024
Wachsmuth, Olaf	Mitglied	Bündnis 90/Die GRÜNEN	bis 08.07.2024

Geschäftsführung

Waselewski, Marcus, Dr. (Geschäftsführer)

Bezüglich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer hat die Gesellschaft von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Wirtschaftsdaten:

Kennzahlen

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Personalaufwand in Euro	3.894.615	3.600.038	3.456.648
a) Löhne und Gehälter in Euro	3.139.049	2.925.015	2.785.088
b) soziale Abgaben in Euro	755.566	675.024	671.560
EBITDA in Euro	376.030	489.901	600.134
Umsatzrendite in %	3	3	4
Personalumsatzquote (Personalaufwandsquote) in %	74	73	66
Anlagedeckungsgrad 1 in %	56	99	160
Eigenkapitalquote I in %	45	58	76
Eigenkapitalquote II in %	48	63	88

Bilanz (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Anlagevermögen	5.479.993	2.905.425	1.709.840
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	208	688
Sachanlagen	5.479.992	2.905.217	1.709.152
Umlaufvermögen	1.232.116	2.070.862	1.870.470
Vorräte	8.806	14.221	19.894
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	167.153	144.764	72.628
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.056.158	1.911.877	1.777.948
Rechnungsabg.posten	9.068	8.434	8.408
Summe Aktiva	6.721.177	4.984.720	3.588.719
Eigenkapital	3.055.932	2.880.024	2.727.897
Stammkapital	25.565	25.565	25.565
Kapitalrücklage	102.444	102.444	102.444
Gewinnrücklagen	2.752.016	2.599.889	2.381.153
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	175.908	152.127	218.736
Sonderposten zur Finanzierung des SAV	144.657	280.057	422.002
Rückstellungen	200.727	259.338	314.187
Verbindlichkeiten	3.298.261	1.551.531	112.040
Rechnungsabgr.posten	21.599	13.771	12.594
Summe Passiva	6.721.177	4.984.720	3.588.719

GuV (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Umsatz	5.276.335	4.906.969	5.227.099
Sonstige betriebliche Erträge	19.218	69.435	33.558
Materialaufwand	958.460	884.415	1.158.186
Personalaufwand	3.894.615	3.600.038	3.456.648
Abschreibungen	224.455	342.751	381.421
Sonstige betriebliche Aufwendungen	66.447	2.049	45.688
Zwischenergebnis	151.576	147.151	218.713
Gesamtleistung	5.295.553	4.976.404	5.260.657
Finanzergebnis	24.332	4.977	22
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	175.908	152.127	218.736

Personal (alle Angaben in Anzahl)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Beschäftigte (Durchschnitt)	96	82	97

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Gemeinnützige Senioren- und Altenheimgesellschaft mbH Pflegeheim Klein Wanzleben (im Weiteren Gesellschaft genannt) betreibt eine Einrichtung der stationären Altenhilfe in 39164 Wanzleben/Börde, OT Klein Wanzleben. Der alleinige Gesellschafter ist der Landkreis Börde. Das 1993 mit drei Anbauten erweiterte Altenheim befindet sich im nördlichen Wohngebiet der Gemeinde Klein Wanzleben.

Entsprechend dem Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen und der Pflegesatzvereinbarung gem. dem Achten Kapitel des SGB XI verfügt die Einrichtung über 106 vollstationäre Pflegeplätze, davon werden für die Kurzzeitpflege drei Plätze eingestreut.

Art und Inhalt der Leistungen bestimmen sich im Grundsatz nach dem Rahmenvertrag gem. § 75 SGB XI, den Anforderungen der Qualitätsvereinbarung gem. § 80 SGB XI und umfassen Grundpflege (Körperpflege, Ernährung, Mobilität), medizinische Behandlungspflege, soziale Betreuung, sowie Unterkunft und Verpflegung.

Am 31.12.2024 beschäftigte die Einrichtung einschließlich Auszubildende 96 Mitarbeiter, davon 76 Frauen und 20 Männer.

II. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Branchenentwicklung

Das prognostizierte Wirtschaftswachstum von 0,5 % für 2025 und 1,0 % für 2026 deutet auf eine langsame, aber stetige Erholung der deutschen Wirtschaft hin. Die deutsche Wirtschaft durchläuft einen tiefgreifenden Transformationsprozess, der von moderatem Wachstum und bedeutenden strukturellen Veränderungen geprägt ist. Dabei wird der Erfolg maßgeblich von der Bewältigung der klimapolitischen und digitalen Transformation sowie der Anpassung an veränderte globale Handelsstrukturen abhängen. Die robusten Konsumausgaben und staatlichen Investitionen bilden eine wichtige Basis für die weitere Entwicklung, während die Innovationskraft der Unternehmen und die Flexibilität des Finanzsektors entscheidende Faktoren für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit darstellen. (brokervergleich.de Abrufdatum: 30.04.2025).

Seit Einführung des geänderten Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Jahr 2017 ist bis 2023 ein Anstieg um 57,0 % auf 5,24 Millionen gesetzlich versicherte Pflegebedürftige zu verzeichnen. Die sogenannte Babyboomer-Generation vergrößert den Druck, die pflegerische Versorgung zukunftsfest weiterzuentwickeln. Die Gesundheitspolitik mahnt zu einer wirtschaftspolitischen Wende in

Deutschland und verweist auf die politischen Arbeitsschwerpunkte – hohe Energie- und Lebenshaltungskosten, sowie ein immer stärker werdender Fachkräftemangel. (aok.de Abrufdatum: 30.04.2025)

Der Fachkräftemangel im Pflegebereich ist durch die Politik bereits gesehen worden. Gesetzgeberische Maßnahmen wie die Umstellung auf eine generalistische Pflegeausbildung für Pflegefachpersonal und ab dem Jahr 2022 auch im Bereich der pflegerischen Hilfskräfte (Pflegeberufegesetz - PflBG), das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG), sowie das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz (GPVG) sind darauf ausgerichtet, die personelle Situation in der Pflegebranche zu verbessern.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) treten, bzw. traten in 2022 eine Reihe von Änderungen in Kraft. Eine zentrale Neuerung durch das Gesetz ist die gesetzliche Verpflichtung der Bezahlung der Pflege- und Betreuungskräfte in Tariflohnstrukturen. Ab September 2022 dürfen nur noch die Pflegeanbieter Leistungen mit der Pflegeversicherung abrechnen, die an einen Tarif gebunden sind, oder sich in der Höhe der Entlohnung an einem entsprechenden Tarifvertrag orientieren.

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 erhalten seit Beginn des Jahres 2024 einen prozentualen Leistungszuschlag in Höhe von 15,0 – 75,0 % auf ihren zu zahlenden Eigenanteil an den pflegebedingten Aufwendungen. Die prozentuale Höhe richtet sich dabei nach der Verweildauer innerhalb der vollstationären Pflege.

III. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt insbesondere anhand der finanziellen Leistungsindikatoren Jahresergebnis und Auslastung.

Einheit	2024	2023	2022	2021	2020	2019
Jahresüberschuss TEUR	176	152	219	153	295	217
Auslastung %	99,4	94,8	93,7	95,2	99,3	99,6

IV. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft ist im Jahr 2024 als positiv zu bewerten. Die Auslastung ist um 4,6 Prozentpunkte gestiegen und liegt damit 1,4 Prozentpunkte über der geplanten Auslastung von 98 Prozent.

Im Jahr 2024 sind ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen, sowie Investitionen durchzuführen gewesen. Ein Austausch der Trinkwasserleitung in der Küche für 11 TEUR wurde nötig, ebenso

Ersatzbeschaffungen für einen nicht mehr reparablen Waschautomaten für 5 TEUR und einen Kombidämpfer für 9 TEUR).

V. Wirtschaftsbericht

V.A. Ertragslage

Im Jahr 2024 wird ein Jahresüberschuss von 175.908,17 Euro ausgewiesen (i.V. 152.127,28 Euro).

Damit liegt das Ergebnis TEUR 121 über dem Planansatz für 2024 (TEUR 54).

Die Bettenauslastung liegt in 2024 durchschnittlich bei 99,4 %, damit 1,4 Prozentpunkte über dem Planansatz (98,0 %).

Die Erträge aus vollstationärer Pflege und Kurzzeitpflege belaufen sich auf TEUR 3.871; das Vorjahr wies TEUR 3.561 aus. Darin sind die Erträge aus der Ausbildungsvergütung und Ausgleichszuweisungen aus den Pflegeausbildungsfonds in Höhe von insgesamt TEUR 266 inkludiert. Die Erträge aus Unterkunft & Verpflegung erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 886 auf 949 TEUR. Die Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten stiegen von TEUR 212 im Jahr 2023 auf TEUR 224.

Die Ausbildungsplätze wurden durch den Pflegeausbildungsfond des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt und die Einrichtung erhielt Ausgleichszuweisungen in Höhe von TEUR 157, im Jahr 2023 beliefen sich diese auf TEUR 165. Die Mindereinnahme begründet sich mit der Nichtbesetzung des Ausbildungsplatzes für das 1. Ausbildungsjahr.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 295 auf TEUR 3.895.

Die Aufwendungen für Instandhaltung sind im Jahr 2024 (TEUR 152) ähnlich dem Jahr 2023 (TEUR 155) und um TEUR 3 gestiegen und liegen damit beinahe im Planansatz von 155 TEUR.

Im Bereich der Materialaufwendungen zeigt sich das nach Auffassung der Geschäftsführung gute Einkaufsmanagement. Trotz erheblichen Verteuerungen im Bereich der Lebensmittel zeigten sich im Vergleich zum Vorjahr lediglich Kostensteigerungen in Höhe von TEUR 23 trotz der Auslastungssteigerung um 4,6 %. Der Einbau des Blockkraftheizwerkes im Jahr 2022 erzielte weiterhin die gewünschte Kosteneinsparung.

III.B. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich auf TEUR 6.721, im Vorjahr wurden TEUR 4.985 ausgewiesen. Aufgrund der durchgeführten Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen liegt die Gesamtsumme der Investitionen im Berichtsjahr bei insgesamt TEUR 2.827, im Vorjahr lag die Gesamtsumme bei TEUR 1.534.

Das Anlagevermögen (TEUR 5.480) ist vollständig durch das bilanzielle Eigenkapital (inklusive Sonderposten) (TEUR 3.201) und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 2.914) gedeckt.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beläuft sich auf TEUR 394 (Vorjahr TEUR 247). Im Wesentlichen ist unter Berücksichtigung der Anlageninvestitionen in Höhe von TEUR 2.827 und des in Anspruch genommenen Darlehensbetrags von TEUR 1.585 die Stichtagsliquidität zum 31.12.2024 auf TEUR 1.056 gesunken.

Es wurden Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 97 mit in die Herstellungskosten für das Altersgerechte Wohnen aktiviert.

Beim durchschnittlichen monatlichen betriebsgewöhnlichen Finanzbedarf von ca. TEUR 410 ist die notwendige 6-wöchige Liquiditätsreserve nach wie vor gewährleistet.

IV. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Risikobericht

Im Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns der Gesellschaft stehen fortwährend der Erhalt und die Verstetigung der Leistungen.

Mit dem PSG II wurden zum 01.01.2017 der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und die Begutachtungsdynamik (NBI) eingeführt. Die Pflegestufen der Bewohner wurden in Pflegegrade übergeleitet und die Personalbemessung erfolgte am Pflegegradmix nebst dem mit der Verhandlung festgeschriebenen zusätzlichen PSG II – Personal. Pflegesätze sind zum 01.06.2024 verhandelt worden. Neue Pflegesätze sind zum 01.06.2025 beantragt und derzeit in der Verhandlungsphase. Die Auswirkung der Steigerungen der Personalkosten ist analog dem Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes bei den zum 01.06.2025 beantragten Pflegesätzen einkalkuliert wurden.

Durch das Bekanntsein und die Anerkennung des Tarifabschlusses durch die Leistungsträger wird hier kein Refinanzierungsrisiko gesehen.

Eine fortlaufende Herausforderung ist ein gutes Pflegegradmanagement. Der Pflegedienstleitung ist es bislang erfolgreich gelungen, die Pflegegradstruktur beim Wechsel der Bewohnerschaft durch neu zu betreuende Bewohner im Rahmen der Begutungskriterien zu optimieren.

Durch Fortbildungsmaßnahmen werden die Pflegefachkräfte der Einrichtung dahingehend geschult, eine Veränderung in der Hilfebedürftigkeit und im Pflegeaufwand schnellstmöglich und direkt zu erkennen und entsprechende Schritte einzuleiten.

Die Belegungssicherheit ist die betriebswirtschaftliche Grundlage. Qualitativ hochwertige Leistungen in der Pflege und Betreuung erhöhen und sichern die Nachfrage nach einem Heimplatz.

Die Einrichtung ist bestrebt die Belegungssituation dauerhaft auf mindestens den Planansatz von 98,0 % zu heben.

Die Einrichtung erwartet steigende Kosten im Bereich der Verwaltung und des Wirtschaftsbedarfes, der Bereiche Energie, Steuern und Abgaben sowie Lebensmittelmehraufwendungen. Dies wurde in den laufenden Pflegesatzverhandlungen aufgegriffen, so dass Teuerungen refinanziert werden dürften.

Zusammenfassend werden keine bestandsgefährdenden Unternehmensrisiken gesehen.

Chancenbericht

Als Herausforderung wird die Auslastung der Einrichtung analog dem Planansatz gesehen. Weiterhin liegt der Fokus auf die Einstellung und langfristige Bindung von notwendigem Personal im entsprechenden Qualifizierungsmix. Die Attraktivität der Einrichtung als Arbeitgeber muss weiterhin öffentlichkeitswirksam dargestellt werden; dies geschieht unter anderem durch Anreizsysteme, wie die Unterstützung gesundheitsfördernder Maßnahmen und den Erhalt eines monatlichen frei verfügbaren Sachbezugs. Zum 01.09.2025 werden vier Auszubildende nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung in eine Festanstellung übernommen.

Eine Entspannung der Arbeitsmarktsituation im Pflegefachkraftbereich kann durch die ab dem 01.06.2023 gültige Personalbemessung für Pflegeheime erreicht werden. Hierbei wird von der bisherigen Regelung der Fachkraftquote auf eine neue Schlüsselung umgestellt; bis zu 40,0 % der Pflegemitarbeiter sind nach der neuen Bemessung mit Pflegefachkräften zu besetzen (bisher mindestens 50,0 %). Jeweils 30,0 % können mit ausgebildeten, bzw. ungelernten Pflegekräften besetzt werden. Die Einrichtung traf sofortige Maßnahmen nach Bekanntwerden der neuen Personalbemessung und erweiterte die Ausbildungsmöglichkeiten im Pflegebereich.

Somit werden ab September 2025 drei Ausbildungsplätze zur Pflegekraft besetzt. Bereits seit September 2019 bildet die Einrichtung Pflegefachkräfte aus, was als Zusätzliche und erfolgsversprechende Chance angesehen wird, den Fachkräftebedarf auch in der Zukunft zu decken.

Derzeit sind in der Einrichtung sechs Auszubildende in der Generalistik beschäftigt. Weiterhin hat die Einrichtung einen Ausbildungsplatz in der Verwaltung besetzt, um auch hier rechtzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Abzuwarten sind die Auswirkungen des Pflegeentlastungsgesetzes mit Blick auf die Steigerung der Entlastung für allgemeine Pflegeleistungen in Höhe von 15,0 % bei Einzug in die vollstationäre Pflege, 30,0 % nach dem ersten Jahr, 50,0 % nach 2 Jahren, sowie 75,0 % nach 3 Jahren in der vollstationären Pflege ab dem 01.01.2024 (Vorjahr 5,0 % / 25,0 % / 45,0 % / 70,0 %).

Prognosebericht

Der für das Geschäftsjahr 2025 vorgelegte Wirtschaftsplan weist geplante Erträge aus Leistungsentgelten (Pflegeleistungen, Unterkunft & Verpflegung, sowie gesonderte Berechnung von Investitionsfolgekosten gegenüber Pflegebedürftigen) in Höhe von TEUR 5.618, geplante Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 4.077 aus und schließt mit einem geplanten Jahresergebnis von TEUR 43 ab.

Aufgrund der Vollbelegung im ersten Quartal 2025 geht die Geschäftsführung davon aus, dass im Geschäftsjahr 2025 eine Auslastung entsprechend des Planansatzes und somit das geplante Jahresergebnis 2025 erreicht wird.

Allgemeine Angaben zum Unternehmen:



Adresse

Schwimmbadstraße 2a
39326 Wolmirstedt

Einteilung

Unternehmen des öffentlichen Rechts

Gesellschaftsvertrag/Satzung

Es gilt die Unternehmenssatzung vom 01.07.2024. Am 05. März 2025 hat der Kreistag des Landkreises Börde die fünfte Änderung der Unternehmenssatzung beschlossen.

Stammkapital

100.000,00 €

Träger

	Anteil	Wertanteil
Landkreis Börde	100,00 %	100.000,00 €

Handelsregister

HRA 22080, Amtsgericht Stendal

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Wirtschaftsjahr

01.01. – 31.12.

Beschluss Jahresabschluss

Der Verwaltungsrat beschloss am 26.06.2025:

Der Verwaltungsrat beschließt die Feststellung des durch die ETL Mitteldeutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Brühl 8, 04109 Leipzig geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2024.

Der Jahresverlust 2024 in Höhe von 215.483,66 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Vorstand wird für das Wirtschaftsjahr 2024 entlastet.

Abschlussprüfer

ETL Mitteldeutschland GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

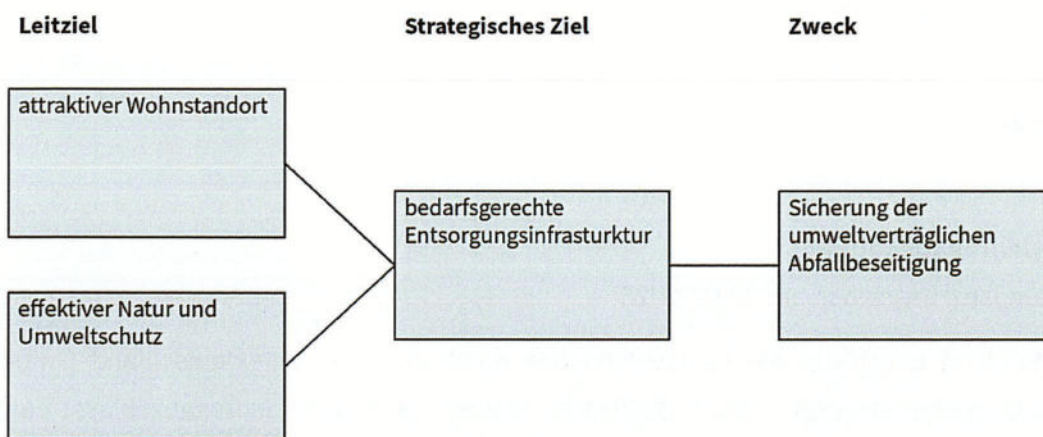
Aufgaben und Ziele

Die Anstalt hat insbesondere die Aufgabe, die im Landkreis angefallenen und überlassenen Abfälle zu sammeln, zu befördern, zu behandeln, zu lagern, abzulagern und ergänzende Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Abfallwirtschaft gemäß § 1 Abs. 1 AbfG LSA durchzuführen. Hierzu plant, errichtet, betreibt und verwaltet sie die erforderlichen Anlagen. Darüber hinaus kann sich die Anstalt im Rahmen des § 128 Abs. 1 KVG LSA in der jeweils geltenden Fassung, an der Erfassung von nicht überlassungspflichtigen Wertstoffen und Tätigkeiten gewerblicher Art im Rahmen der Abfall- und Wertstoffwirtschaft beteiligen.

Kurzbeschreibung des Unternehmens

Gemäß der Unternehmenssatzung der KsB AöR hat der Landkreis Börde der Anstalt die Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß § 3 AbfG LSA im Gebiet des Landkreises Börde übertragen. Die KsB AöR nimmt die Aufgabe der Planung und Durchführung aller dem Landkreis, nach den gesetzlichen Vorschriften, obliegenden Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung und die Vornahme aller hiermit im Zusammenhang stehenden Geschäfte und Handlungen nach Maßgabe der hierfür geltenden Bestimmungen wahr.

Öffentliches Interesse:



Organe / Gremien und ihre Mitglieder:

Gremien

Verwaltungsrat

Vorstand

Ballerstedt, Manuel (seit 01.03.2024 Technischer Vorstand bis 31.12.2024)
Schulze, Dennis (Kaufmännischer Vorstand)

Insgesamt wurden Bezüge für den Vorstand in Höhe von TEUR 176 € (Vorjahr: TEUR 168) gezahlt.

Wirtschaftsdaten:

Kennzahlen

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Personalaufwand in Euro	7.000.472	6.371.721	5.799.469
a) Löhne und Gehälter in Euro	5.553.778	5.092.313	4.603.590
b) soziale Abgaben in Euro	1.446.694	1.279.409	1.195.880
EBITDA in Euro	1.547.599	656.439	3.014.302
Umsatzrendite in %	-1	-4	8
Personalumsatzquote (Personalaufwandsquote) in %	43	42	36
Anlagedeckungsgrad I in %	4	6	12
Eigenkapitalquote I in %	2	3	7
Eigenkapitalquote II in %	4	3	7

Bilanz (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Anlagevermögen	9.972.721	10.107.581	9.633.210
Immaterielle Vermögensgegenstände	202.635	165.048	137.697
Sachanlagen	9.765.086	9.942.533	9.495.512
Finanzanlagen	5.000		
Umlaufvermögen	6.551.823	7.372.377	7.532.819
Vorräte	217.049	210.186	92.292
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	1.923.759	1.125.990	860.163
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.411.015	6.036.201	6.580.364
Rechnungsabg.posten	175.399	153.433	131.565
Summe Aktiva	16.699.944	17.633.391	17.297.593
Eigenkapital	366.788	582.271	1.147.689
Stammkapital	100.000	100.000	100.000
Allgem. und zweckgeb. Rücklagen	1.749.506	1.749.506	1.749.506
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.267.235	-701.817	-2.030.229
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-215.484	-565.418	1.328.413
Sonderposten zur Finanzierung des SAV	343.598	0	0
Rückstellungen	10.041.323	10.224.435	10.146.166
Verbindlichkeiten	5.946.535	6.826.685	6.003.738
Rechnungsabgr.posten	1.700		
Summe Passiva	16.699.944	17.633.391	17.297.593

GuV (alle Angaben in Euro)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Umsatz	16.470.171	15.334.022	16.233.332
Bestandsveränderung FE/UE	10.739	-33.229	-2.088
Sonstige betriebliche Erträge	208.127	560.317	483.137
Materialaufwand	4.772.085	4.448.962	4.325.003
Personalaufwand	7.000.472	6.371.721	5.799.469
Abschreibungen	1.641.148	1.496.210	1.438.421
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.358.141	4.417.217	3.577.695
Zwischenergebnis	-82.810	-873.000	1.573.793
Gesamtleistung	16.689.037	15.861.111	16.714.381
Finanzergebnis	69.500	428.323	-83.633
Steuern	202.174	120.741	161.747
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-215.484	-565.418	1.328.413

Personal (alle Angaben in Anzahl)

	Ist 2024	Ist 2023	Ist 2022
Beschäftigte (Durchschnitt)	125	120	115

A) GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Die Kommunalservice Landkreis Börde AöR (KsB AöR) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, alleiniger Träger der KsB AöR ist der Landkreis Börde. Die Unternehmenssatzung ist in der Fassung vom 05.03.2025 gültig. Die Organe der KsB AöR sind der Verwaltungsrat und der Vorstand. Gemäß § 20 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist der Landkreis Börde als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (ÖrE) verpflichtet, die Entsorgung der in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen und der Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen sicherzustellen. Diese Aufgaben hat die KsB AöR vom Landkreis Börde als ÖrE gemäß § 3 AbfG LSA im Gebiet des Landkreises übertragen bekommen. Es werden Zweigniederlassungen in Wolmirstedt OT Elbeu und Wanzleben-Börde geführt.

Die KsB AöR ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zur Rekultivierung und Nachsorge der landkreiseigenen Deponien Blumenberg, Bösdorf, Gunsleben, Haldensleben, Loitsche und Siegersleben gemäß § 40 Abs. 2 des KrWG verpflichtet. Die Verpflichtung für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Vahldorf ergibt sich aus vertraglichen Regelungen. Die Deponien Haldensleben und Siegersleben befinden sich in der Stilllegungsphase und die Deponien Blumenberg, Bösdorf, Gunsleben, Loitsche sowie Vahldorf befinden sich bereits in der Nachsorgephase. Die Maßnahmen der Rekultivierung und Nachsorge wurden im Berichtsjahr entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, den jeweiligen Deponieplanungen und den Abstimmungen und Genehmigungen der oberen Abfallbehörde durchgeführt.

B) WIRTSCHAFTSBERICHT

1) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Als Gegenleistung für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung und zur Deckung seiner Aufwendungen für die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung erhebt die KsB AöR Benutzungsgebühren und fordert privatrechtliche Entgelte. Die für die Entsorgung erforderlichen Regelungen sind in der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallgebührensatzung getroffen. Mit dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 23.09.2021 wurde die „Satzung der Kommunalservice Landkreis Börde AöR über die Abfallgebühren (Abfallgebührensatzung - AGS)“ beschlossen. Die Abfallgebührensatzung trat zum 01.01.2022 in Kraft. Der dreijährige Gebührenerhebungszeitraum endete zum 31.12.2024. Die Satzungsgrundlagen für den Gebührenzeitraum 2025-2027 wurden im abgeschlossenen Geschäftsjahr geschaffen.

Die KsB AöR führt im Rahmen ihrer gewerblichen Tätigkeit folgende Betriebe gewerblicher Art: BgA „Duales System“, BgA „Gewerbeabfallverwertung“ und BgA „Photovoltaikanlagen“. Der BgA „Duales System“ erfasst die Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen für die Dualen Systeme sowie die Errichtung, Bereitstellung, Unterhaltung und Sauberhaltung der Containerstandplätze „Glas“. Darüber hinaus begleitet die KsB AöR die Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit für die Dualen Systeme. Der BgA „Gewerbeabfallverwertung“ umfasst die Verwertung von gewerblichen Abfällen (Containerdienst für die Gewerbetreibenden, Anlieferungen auf der Sortieranlage Wolmirstedt-Elbeu) sowie die Betreibung der Sortieranlage in Wolmirstedt OT Elbeu. Der BgA „Photovoltaikanlagen“ umfasst die Betreibung der Photovoltaikanlage in Wolmirstedt OT Elbeu.

2) Angaben zum Geschäftsverlauf der Anstalt gemäß § 23 AnstVO

2.1 Mengen-, Tarif- und Umsatzentwicklung

Das Abfallaufkommen des abgelaufenen Geschäftsjahres ist um 3,9 % auf insgesamt 47.607 t gesunken. Dabei blieb die Fraktion Hausmüll im Jahr 2024 nahezu unverändert bei 18.742 t (+0,2 % ggü. Vorjahr.).

Hausmüllähnliche Abfälle sind um 395 t auf 795 t gestiegen. Auch das Sperrmüllaufkommen hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 112 t auf 5.952 t erhöht. Rückläufige Tendenzen ergeben sich in den Fraktionen Biomüll mit -13,8 % bzw. -1.810 t und PPK -7,8 % bzw. -814 t. Die Tonnage im Bereich Schrott ist von 477 t auf 718 t bzw. 50,5 % angestiegen und liegt damit wieder im 5-jährigen Mittel.

Bei den schadstoffhaltigen Abfällen ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um -23 t bzw. -25,0 %. Die verbotswidrig abgelagerten § 11 Abfälle sind im Vergleich zum Vorjahr um -82 t bzw. -18,3 % gesunken.

Das Aufkommen an Kühlschränken, Großgeräten und Kleingeräten ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Im Berichtsjahr waren im Landkreis Börde 189.998 EW-EGW an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen. Dies entspricht einem leichten Rückgang um 53 EW-EGW zum Vorjahr. Dabei stieg die Anzahl der Einwohnerwerte um 186 auf 171.488 an.

Weiterhin positiv verläuft der Anschluss an die Bioabfallentsorgung. Der Anschlussgrad konnte im Jahr 2024 von 55,7 % auf 57,3 % gesteigert werden.

Die Marktbedingungen des abgelaufenen Geschäftsjahres haben sich im Papierbereich weitestgehend konsolidiert und liegen weiterhin deutlich unterhalb der Jahre 2021 und 2022. Eine ähnliche Entwicklung ist im Schrottbereich zu beobachten. Ausnahme hier ist das Segment Aluminium, was auf die globalen Angebotsverschiebungen erklärbar ist.

Grundlage für die Erhebung der Benutzungsgebühren im Wirtschaftsjahr ist die Abfallgebührensatzung, auf deren Grundlage die KsB AöR Umsatzerlöse für die ihr zugewiesenen Entsorgungsaufgaben in Höhe von 15.863 TEUR realisieren konnte. Geplant waren Umsatzerlöse in Höhe von 15.461 TEUR. Im Ergebnis ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, das operative Umsatzniveau zu stabilisieren. Zum Vorjahr konnten die Umsätze um 3,4 % bzw. TEUR 529 gesteigert werden, was einer positiven Planabweichung von 2,6 % bzw. 402 TEUR entspricht.

Zum 31. Dezember 2024 konnten 11.120 TEUR (Vorjahr: 11.000 TEUR) als Einnahmen aus personen- und behälterbezogenen Abfallgebühren verbucht werden. Diese Einnahmen liegen somit um 120 TEUR über dem Vorjahresergebnis.

Gemäß der gültigen Abfallgebührensatzung teilt sich die Jahresgebühr in zwei Abschläge mit zwei Zahlungszielen mit Hauptfälligkeiten am 01.04. und am 01.10. des Kalenderjahres. Die personen- und behälterbezogenen Gebühren wurden mit Versand der Gebührenbescheide im 1. Quartal 2024 und folgend mit monatlicher Bescheidlegung festgesetzt.

Die Einnahmen aus der PPK-Verwertung betrugen 1.613 TEUR zum 31. Dezember 2024 und sind um 350 TEUR bzw. 27,8 % angestiegen (Vorjahr: 1.262 TEUR). Der durchschnittliche Altpapierpreis des Jahres 2024 betrug 166,92 EUR/t und lag damit um 42,70 EUR über dem Vorjahreswert 2023 (124,21 EUR/t). Damit konnte die rückläufige Sammelmenge durch ein stabilisiertes Preisniveau überkompensiert werden.

Die Umsatzerlöse aus der Beteiligung der Systembetreiber an dem Erfassungsentgelt PPK-Verpackung (Verpackungsanteil) betrugen 528 TEUR im Wirtschaftsjahr 2024 (Vorjahr: 539 TEUR). Grund für die Abnahme gegenüber dem Vorjahr sind rückläufige PPK-Abfallmengen. Die vorhandene Abstimmungsvereinbarung, welche mit den Dualen Systembetreibern vereinbart wurde, hat sich um weitere 3 Jahre bis zum 31.12.2026 verlängert, die Kündigungsfrist beträgt 12 Monate. Daraus wird eine Kostenübernahme der Systembetreiber aufgrund von Masseanteilen (33,5 %) an der PPK-Tonnage fällig. Das Entgelt für die Mitbenutzung der PPK-Behälter beträgt 157,92 EUR je Tonne, die Systembetreiber erhalten dafür einer Erlösbeteiligung von 10,00 EUR je Tonne.

Mit der Unterzeichnung der Abstimmungsvereinbarung zwischen der KsB AöR und der Interzero Holding GmbH & Co. KG als gemeinsamen Vertreter der Dualen Systeme ist die KsB AöR im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (BgA „Duales System“) für die Dualen Systeme wirtschaftlich tätig. Diese Einnahmen von Dualen Systemen betragen wie im Vorjahr 241 TEUR und beziehen sich auf die Kostenbeteiligung der Dualen Systeme gemäß der Vereinbarung zur Regelung der Kostenbeteiligung an Abfallberatung und Stellflächen von Sammelgroßbehältnissen nach § 22 Abs. 9 VerpackG.

Die Umsätze der Sortieranlage mit 290 TEUR sind dem BgA „Gewerbeabfallverwertung“ zugeordnet. Hierbei handelt es sich um Einnahmen aus gewerblichen Abfallanlieferungen an die Sortieranlage Wolmirstedt-Elbeu. Die Umsatzerlöse der Sortieranlage liegen leicht unter dem Vorjahresergebnis.

Bei den Umsätzen der Kleinannahmestellen in Höhe von 633 TEUR zum 31. Dezember 2024 handelt es sich um Einnahmen im Bereich hoheitliche Leistungen. Das Ergebnis liegt um 63 TEUR bzw. 11,0 % über dem des Vorjahres (570 TEUR).

Bei den nicht-sortierfähigen Abfällen handelt es sich um Abfälle, die dem hoheitlichen Bereich zugeordnet werden und als Umsätze an den Umladestationen der KsB AöR in Wanzleben und Wolmirstedt OT Elbeu erzielt werden. Damit konnte das gute Niveau des Vorjahres stabilisiert werden. Im Ergebnis betragen diese 796 TEUR zum 31. Dezember 2024, was eine Verbesserung von 3 TEUR gegenüber dem Vorjahresergebnis bedeutet.

Die Umsätze aus Containertransporten/gewerbliche Umsätze betragen 302 TEUR zum 31. Dezember 2024 (Vorjahr: 297 TEUR). Bei den Umsätzen Containertransport im gewerblichen Bereich handelt es sich um Einnahmen für den Containertransport von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen zur Verwertung.

Bei den Umsätzen Containertransport im hoheitlichen Bereich handelt es sich um Containertransporte von Abfällen privater Haushaltungen.

Bei den Einnahmen aus PV-Anlagen in Höhe von 92 TEUR handelt es sich um die Einnahmen aus der Verpachtung der Deponien Vahldorf, Bösdorf und Loitsche für die Betreuung von Photovoltaikanlagen und Erträgen aus der Einspeisung der PV-Anlage Elbeu. Die Einnahmen liegen leicht über dem Ergebnis des Vorjahres (86 TEUR).

Die sonstigen Erlöse in Höhe von 379 TEUR liegen um 142 TEUR höher als des Vorjahres (237 TEUR).

Plangemäß ist eine Nachkalkulation der Gebühren für den dreijährigen Veranlagungszeitraum im Rahmen der neuen Gebührenkalkulation für die Periode 2025-2027 erfolgt. In diesem Zuge wurde eine Unterdeckung in Höhe von 607 TEUR ermittelt, welche als sonstiger Vermögensgegenstand aktiviert worden ist. Mit den Gebühreneinnahmen der neuen Gebührenperiode wird dieser Posten in Jahresscheiben kompensiert.

Die Höhe der Rückstellung für Kostenüberdeckung aus Abfallgebühren mit 35 TEUR bleibt in der Bilanz zum 31.12.2024 unverändert.

2.2 Sonstige betriebliche Erträge

Als sonstige betriebliche Erträge stehen 208 TEUR (Vorjahr: 560 TEUR) zu Buche. Das Ergebnis liegt somit um 352 TEUR unter dem des Vorjahres, was insbesondere durch geringere Auflösungen von Rückstellungen erklärbar ist. Diese sind von 349 TEUR auf 50 TEUR gesunken.

2.3 Personal und Personalaufwendungen

Der Personalaufwand in Höhe von 7.000 TEUR liegt um 629 TEUR bzw. 9,9 % über dem Ergebnis des Vorjahres (6.372 TEUR). Geleistete Zahlungen für Inflationsausgleich sowie die Tarifanpassung zum 01.03.2024 erklären den Anstieg. Im Wirtschaftsplan 2024 wurde der Personalaufwand mit 6.915 TEUR veranschlagt. Folglich wurde die Plangröße leicht um 85 TEUR bzw. 1,2 % überschritten.

Der geplante Personalbedarf konnte hierbei noch nicht vollumfänglich adäquat zur Stellenübersicht besetzt werden. Weiterhin wirkten andererseits krankheitsbedingte Personalausfälle aufwendungsmindernd.

Um das Serviceangebot für Kunden im Wirtschaftsjahr 2024 aufrechterhalten zu können, mussten Krankheitsfälle selektiv durch Leihpersonal kompensiert werden. Dies hatte zur Folge, dass die Aufwendungen für Fremdarbeiten (Leiharbeiter) bei der Position sonstige betriebliche Aufwendungen 307 TEUR (Vorjahr: 481 TEUR) betrugen. Im Ergebnis konnte dieser Aufwandsbereich ggü. den Vorjahren weiter reduziert werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug der Rückgang 175 TEUR bzw. 36,3 %.

Ungeachtet dessen kam die KsB AöR ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Mitarbeitenden stets nach, was sich auch in vollzogenen Anpassungen individueller Stufenlaufzeiten sowie steigenden Aufwendungen für die Jahressonderzahlung 2024 ausdrückt.

Im Dezember 2024 wurden zudem Leistungsentgelte in Höhe von 84 TEUR (Vorjahr: 79 TEUR) an die Beschäftigten ausgeschüttet. Das Gesamtvolumen der leistungsorientierten Bezahlung für das Jahr 2024 wurde aus dem relevanten Jahresentgelt 2023 (4.210 TEUR) berechnet. Die LoB-Zahlung 2024 ist vollumfänglich an alle Mitarbeitenden erfolgt. Die offenen Abschlussbewertungen für 2022 wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr vollständig ausgezahlt, so dass die bilanzielle Rückstellung in Höhe von 12,5 TEUR im Wirtschaftsjahr 2024 aufgelöst werden konnte. Die sozialen Abgaben beziffern sich zum 31. Dezember 2024 auf 1.447 TEUR, sie liegen damit um 167 TEUR über dem Vorjahresergebnis (1.279 TEUR). Hierbei entfallen 1.117 TEUR (Vorjahr: 960 TEUR) auf sonstige soziale Abgaben, 205 TEUR (Vorjahr: 188 TEUR) auf die Versorgungskasse ZVK und 105 TEUR (Vorjahr: 107 TEUR) wurden von der Berufsgenossenschaft Verkehr in Rechnung gestellt. Als freiwillige soziale Aufwendungen fielen 20 TEUR zum 31. Dezember 2024 (Vorjahr: 25 TEUR) an.

2.4 Materialaufwendungen

Die Materialaufwendungen betragen 4.772 TEUR zum 31. Dezember 2024, sie liegen damit um 323 TEUR bzw. 7,3 % über dem Vorjahr (4.449 TEUR). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betragen 4.276 TEUR zum 31. Dezember 2024. Hierbei entfallen im Wesentlichen 3.220 TEUR (Vorjahr: 2.942 TEUR) auf die Entsorgungskosten beim Müllheizkraftwerk Magdeburg, 615 TEUR auf steuerfreie Entsorgungskosten und 430 TEUR auf steuerfreie Fremdleistungen.

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit 496 TEUR deutlich angestiegen (Vorjahr: 44 TEUR). Hiervon entfielen 43 TEUR auf Wareneingänge und 436 TEUR auf Bezugsnebenkosten. Die Position Bezugsnebenkosten enthält eine kalkulatorische Abschirmung des Risikobeitrag CO₂. Darüber hinaus ist der Bereich Arbeitsschutzbekleidung in Höhe von 19 TEUR enthalten.

2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen zum 31. Dezember 2024 inkl. des außerordentlichen Ergebnisses 3.358 TEUR. Sie liegen damit um 1.059 TEUR bzw. 24,0 % unter den Aufwendungen des Vorjahres (4.417 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beziehen sich zum größten Teil auf folgende Positionen: 1.487 TEUR Fahrzeugkosten (Vorjahr: 1.432 TEUR), 307 TEUR Fremdleistungen-Leiharbeiter (Vorjahr: 481 TEUR), 106 TEUR Reparatur/Instandhaltung für Anlagen und Maschinen (Vorjahr: 482 TEUR), 244 TEUR Raum- und Grundstückskosten (Vorjahr: 234 TEUR), 189 TEUR Wartungskosten für Hard- und Software (Vorjahr: 189 TEUR), 121 TEUR Rechts-, Beratungs- und Vergabekosten (Vorjahr: 105 TEUR) sowie 109 TEUR Mietberufskleidung (Vorjahr: 101 TEUR).

2.6 Abschreibungen

Abschreibungen fielen im Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von 1.641 TEUR an. Sie liegen damit um 145 TEUR über dem Vorjahresergebnis (1.496 TEUR). Hierbei bilden mit 1.038 TEUR Abschreibungen für Kfz (Vorjahr: 912 TEUR), 183 TEUR Abschreibungen für MGB's (Vorjahr: 200 TEUR) und 204 TEUR Abschreibungen auf Sachanlagen (Vorjahr: 194 TEUR) die größten Positionen.

2.7 Entwicklung Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2023 betrug das Eigenkapital 582 TEUR. Der Verlustvortrag wird in Folge des Vorjahresergebnisses mit 1.267 TEUR ausgewiesen. Die Ergebnisunterdeckung 2024 wird mit den Gebühreneinnahmen 2025-2027 im Rahmen der erfolgten Nachkalkulation wieder aufgeholt.

Die Deponieverpflichtungen der KsB AöR resultieren aus einer öffentlich-rechtlichen Außenverpflichtung und stellen Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gem. § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB dar.

2.8 Entwicklung Rückstellungen

Die Rückstellungen in Höhe von 10.041 TEUR haben sich im Vergleich zum Vorjahr (10.224 TEUR) um 183 TEUR reduziert. Die Rückstellungen für Deponien beziffern sich auf 8.866 TEUR (Vorjahr: 9.128 TEUR). Die sonstigen Rückstellungen betragen 1.049 TEUR (Vorjahr: 969 TEUR), wovon die Rückstellungen für ATZ, Personal, Jubiläen und Urlaub 362 TEUR (Vorjahr: 348 TEUR) ausmachen. Rückstellungen für die Deponienachsorge machen 88,3 % (Vorjahr: 89,3 %) der gesamten Rückstellungen in der Bilanz aus. Weitere Veränderungen des Rückstellungsbestandes ergeben sich durch getätigte Nachsorgeaufwendungen, welche direkt aus den Rückstellungen gebucht werden.

2.9. Entwicklung Anlagevermögen

Unter den Anlagen im Bau war im Wirtschaftsjahr 2024 ein Projekt in Umsetzung. Hierunter fällt die Reparatur der Kleinannahmestelle und Umladestation der KsB AöR am Standort Wanzleben. Eine Fertigstellung dieser Maßnahme ist im Wirtschaftsjahr 2026 geplant. Die Verpflichtungsermächtigung wurde seitens des Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt mit dem Verfügungsbescheid vom 27.10.2021 genehmigt. Darüber hinaus wurden drei neue Müllfahrzeuge bestellt, die im Laufe des Jahres 2024 geliefert wurden.

3) Weitere Angaben zur Lage des Unternehmens

Zur Erläuterung der Lage der KsB AöR werden im Folgenden zunächst die Ertragslage, sodann die Finanzlage und die Vermögenslage beschrieben. Abschließend wird auf nichtfinanzielle Leistungsindikatoren eingegangen.

3.1 Ertragslage

Die KsB AöR schließt das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 215 TEUR ab. Das Jahresergebnis soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Betriebsleistung konnte um 1.180 TEUR bzw. 7,7 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. In diesem Betrag ist der Sondereffekt Gebührenunterdeckung in Höhe von 607 TEUR enthalten, welcher mit den Gebühreneinnahmen der Kalkulationsperiode 2025-2027 sukzessive aufgeholt wird. Unter Herausrechnung dieses Sondereffektes beträgt der Anstieg der Betriebsleistung 573 TEUR bzw. 3,7 %. Die Einnahmensituation hat sich in den Bereichen PPK-Verwertung

durch ein günstigeres Preisniveau bei leicht rückläufigen Mengen und eine positive Umsatzentwicklung im Bereich unserer Kleinannahmestellen verbessert.

Die Betriebsaufwendungen liegen mit 35 TEUR bzw. 0,2 % leicht über dem Vorjahr. Hierbei wirkten im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl Tarifsteigerungen der Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes sowie Preisanpassungen unserer Geschäftspartner aufwandserhöhend. In Folge verspäteter Lieferungen nach Beendigung der Logistikkettenproblematik schlugen im abgelaufenen Geschäftsjahr auch die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr mit einem Anstieg von 145 TEUR bzw. 9,8 % zu Buche.

Das Betriebsergebnis als Maßstab der operativen Geschäftstätigkeit konnte gegenüber dem Vorjahr von -908 TEUR auf -115 TEUR stabilisiert werden, was einer Verbesserung von 793 TEUR entspricht.

Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses ergibt sich ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis vor Steuern auf Einkommen und Ertrag in Höhe von -46 TEUR. Für Steuern auf Einkommen und Ertrag fallen 170 TEUR an, davon 99 TEUR auf Körperschaftssteuer, 5 TEUR auf Soli und 65 TEUR auf Gewerbesteuer.

Die KsB AöR schließt im letzten Jahr des alten Gebührenkalkulationszeitraumes mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 215 TEUR ab.

Im Rahmen der gewerblichen Tätigkeit der KsB AöR zeigt sich ein Gewinn in Höhe von 791 TEUR im Jahr 2024 für alle Betriebe gewerblicher Art der KsB AöR.

3.2 Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit standen zum 31. Dezember 2024 flüssige Mittel in Höhe von 4.411 TEUR (Vorjahr: 6.036 TEUR) zur Verfügung. Die zahlungswirksame Veränderung in Bezug auf den Finanzmittelfonds zum Jahresbeginn und Jahresende 2024 beträgt -1.625 TEUR. Die KsB AöR war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die im Rahmen der Nachkalkulation des Gebührenzeitraums 2022-2024 ermittelte Gebührenunterdeckung wird in der neuen Kalkulationsperiode liquiditätsmäßig wieder aufgeholt.

Für das Wirtschaftsjahr 2024 waren Finanzierungsmittel in Höhe von 2.486 TEUR geplant. Tatsächlich wurden 825 TEUR realisiert. Das restliche Ermächtigungsbudget wird vorgetragen.

Durch Hinzufügen nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (Abschreibungen, Rückstellungen und Zinsergebnis) sowie der Zunahme von Verbindlichkeiten und anderer Aktiva ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.344 TEUR. Nach der Ermittlung der Einzahlungen aus dem Abgang von Anlagevermögen und Reduzierung um Auszahlungen für den Erwerb von Anlagevermögen ergibt sich ein Cash-Flow

aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -1.496 TEUR. Der negative Cash-Flow aus Investitionstätigkeit zeigt, dass die KsB AöR im Jahr 2024 mehr investiert als desinvestiert hat. Der Investitionsplan in Höhe von 3.687 TEUR wurde mit Investitionen von 1.496 TEUR nicht überschritten. Nach Zusammenfassung der Einzahlungen aus der Kreditaufnahme und Reduzierung um Kredittilgungen ergibt sich ein Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -177 TEUR. Der negative Wert des Cash-Flows verdeutlicht einen Mittelabfluss aus Investitionen und Finanzierungstätigkeit.

3.3 Vermögenslage

Zu den wesentlichen Entwicklungen des Anlagevermögens verweisen wir auf die Ausführungen in Abschnitt B) 2.9 des Lageberichtes. Es macht knapp 60 % der Bilanzsumme nach 57,3 % im Vorjahr aus.

Das langfristig gebundene Vermögen wurden im Vergleich zum Vorjahr um 135 TEUR reduziert. Die Anschaffung von drei Abfallsammelfahrzeugen sowie eines gebrauchten Umschlagsbaggers stellen hier die größte Mehrung des Anlagevermögens dar.

Das Umlaufvermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 827 TEUR erhöht. Darin enthalten ist die als sonstiger Vermögensgegenstand bilanzierte Gebührenunterdeckung 2022-2024, welche in den Jahren 2025-2027 sukzessive wieder ausgeglichen wird. Die Höhe der Rechnungsabgrenzungsposten beziffert sich auf 175 TEUR zum 31. Dezember 2024.

Das Gesamtvermögen bzw. die Bilanzsumme der KsB AöR beträgt 16.700 TEUR zum 31. Dezember 2024 und ist in Vergleich zum Vorjahr um 933 TEUR bzw. 5,3 % gesunken.

Das ausgewiesene Eigenkapital ist unter Berücksichtigung des Betriebsergebnisses von 583 TEUR auf 367 TEUR gesunken. Damit reduziert sich die bilanzielle Eigenkapitalquote von 3,3 % auf 2,2 %. Darüber hinaus werden die bereits für die Investition in die neue innovative RTO-Anlage der Deponie Loitsche geflossenen anteiligen Fördermittel als Sonderposten für Zuwendungen ausgewiesen. Mit dieser objektspezifischen Investition wird durch eine effizienter und saubere Deponiegasbehandlung im Kontext unserer Nachhaltigkeitsansprüche der Reduzierung des entsprechenden CO₂-Äquivalents um ca. 90 % erreicht.

Dadurch erhöht sich das Eigenkapital auf 711 TEUR bzw. 4,3 %.

Die Verbindlichkeiten konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 880 TEUR bzw. 12,9 % abgebaut werden. Damit hat sich die Quote gemessen an der Bilanzsumme von 38,7 % auf 35,6 % reduziert.

Die Liquidität 3. Grades der KsB AöR beträgt 188,6 % nach 182,4 % im Vorjahr und die Umsatzrentabilität liegt bei -1,3 % nach -3,7 % im Vorjahr.

Folgende Ergebnisverwendung ergibt sich aus dem Jahresabschluss 2024. Der Verlust im hoheitlichen Bereich der Gebührenwirtschaft beziffert sich auf 1.006 TEUR. Der Gewinn BgA „Duals System“ beträgt 484 TEUR. Der Gewinn BgA „Gewerbeabfallverwertung“ beziffert sich auf 319 TEUR. Der Verlust der BgA „Photovoltaikanlagen“ hat eine Höhe von 13 TEUR. Der Verlust des Jahresabschlusses 2024 in Höhe von 215 TEUR soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C) CHANCEN-, RISIKO- UND PROGNOSEBERICHT

1) Chancenbericht

Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle

Im Rahmen der laufenden Optimierung wird die sinnvolle Einbeziehung alternativer Finanzierungsmodelle geprüft. Neben der klassischen Fremdfinanzierung werden für die Kfz der KsB AöR bedarfsweise Leasingmodelle in Anspruch genommen, bei den Lastkraftwagen und Maschinen werden bislang zumeist nur Fremdkapitalaufnahmen vorgenommen, soweit Eigenmittel hierfür nicht ausreichend sind.

Forderungsmanagement

Das Forderungsmanagement der KsB AöR beinhaltet neben Gebührenforderungen auch auf die Beitreibung nicht geleisteter Entgeltzahlungen. Durch eine aktiv geführte Debitorenbuchhaltung werden Forderungsansprüche realisiert. Dabei wurden Mahnwesen und Vollstreckung zielgerichtet miteinander verzahnt. Separate Nummernkreise wurden dafür geschaffen und sorgen für die notwendige Transparenz.

Abstimmungsvereinbarung mit Systembetreibern

Bereits 2023 hat sich die bestehende Abstimmungsvereinbarung mit den Betreibern der „Dualen Systeme“ geplant konkludent verlängert. Die versuchte Integration einer einzelvertragsbezogenen inflationsinduzierten Preisanpassungsklausel hatte bislang keinen Erfolg. Vielmehr wurde systemseitig avisiert, eine allgemeinverbindliche Gesamtlösung für Deutschland anzustreben. Dabei könnte sich einerseits die Chance ergeben, das derzeitige Mitnutzungsentgelt in Höhe von 157,92 EUR je Tonne für die Mitbenutzung der PPK-Behälter angemessen anzupassen. Eine höhere Kostenübernahme andererseits aufgrund veränderter Masseanteile (derzeit 33,5 %), welche höhere Einnahmen des Erfassungsentgeltes in der Zukunft zur Folge hätte, ist derzeit nicht disponibel.

Darüber hinaus ist die KsB AöR im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (BgA - Duale Systeme) für die Dualen Systeme wirtschaftlich tätig. Die Einnahmen von den dualen Systemen be-

ziehen sich auch auf die Kostenbeteiligung der Dualen Systeme an Abfallberatung und Stellflächen von Sammelgroßbehältnissen nach § 22 Abs.9 VerpackG. Hierfür zahlen die Systembetreiber bislang ein Entgelt in Höhe von 1,41 EUR je Einwohner pro Jahr. Die entsprechende Entgeltvereinbarung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr prolongiert.

Eine Verbesserung der bestehenden Vertrags- und Ertragslage wird weiterhin angestrebt.

Neu kalkulierte Entgelte

Die Entgeltordnung ist zum 01.01.2022 für den gewerblich betriebenen Containerdienst sowie für gewerbliche Wäge-, Einsatz- und Einzelleistungen angepasst worden, dabei wurden die Entgeltsätze deutlich erhöht.

Im Jahr 2024 wurde zum 01.07.2024 eine selektive Preisanpassung an die Entwicklung der fraktionsspezifischen Verwertungskosten realisiert. Im Nachgang zur Gebührenkalkulation für den neuen Zeitraum 2025-2027 soll geprüft werden, welche weiteren bedarfsgerechten Anpassungen der Entgeltordnung der KsB AöR nach aktueller Markt- bzw. Preisrecherche und auf betriebswirtschaftlichen Kennzahlen notwendig werden. Eine aktuelle und sachgerechte Kalkulation ist die Grundlage für die rechtmäßige Festsetzung von Entgelten. Die Kalkulation dient der Ermittlung von Verrechnungssätzen für die interne Leistungsverrechnung nach Personal-, Fahrzeug- und Maschinenstundensätzen. Die Kalkulation soll dabei nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen und eine exakte Analyse der Verfügbarkeit von Fahrzeugen und Maschinen, Fahrzeugplankosten und Abgabekonditionen sowie Anlagenprozesslinien und Transportkosten beinhalten. Eine stringente Deckungsbeitragsorientierung ist beabsichtigt.

Gebührenkalkulation

Der aktuelle Kalkulationszeitraum endete am 31.12.2024. Im Rahmen der im 2. Halbjahr 2024 erstellten Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2025-2027 fand eine Nachkalkulation statt. Diese ergab eine Unterdeckung, welche als sonstiger Vermögensgegenstand aktiviert und mit den laufenden Gebühreneinnahmen der Jahre 2025-2027 anteilig ausgeglichen wird.

2) Risikobericht

Ergebnisrisiken

Ungünstige Marktentwicklungen (z. B. Papierpreis, Brennstoffemissionshandelsgesetz, fortschreitende Inflation und Preisanpassungen der externen Dienstleister) führen zu Ergebnisrisiken, welchen entgegengesteuert werden muss. Zum 01.01.2025 wurde eine neue Gebührensatzung auf Basis angepasster Kalkulationsparameter eingeführt. In der Folge ergab sich in der Nachkalkulation 2022-2024 eine Gebührenunterdeckung, welche im Gebührenzeitraum 2025-

2027 sukzessive liquiditätsmäßig ausgeglichen wird und damit stabilisierend auf die Kapitalbasis wirkt.

Ein weiteres wesentliches Ergebnisrisiko liegt im Bereich des Brennstoffenergiehandelsgesetzes (BEHG). Darauf fußend hat sich Deutschland für einen bislang nicht in der EU abgestimmten Einzelweg entschieden, welcher im Jahr 2024 mit der Einführung einer CO₂-Steuer für thermische Abfallbehandlungsanlagen begann. Der geschlossene Verwertungsvertrag mit der thermischen Abfallbehandlungsanlage beinhaltet diese Komponente nicht bzw. lässt sich dahingehend nicht auslegen. Die juristische Begutachtung der an der Vertragsverhandlung beteiligten Kanzlei ist erfolgt. In der Folge wurde sich synchronisierend mit der Urkalkulation aus dem Jahr 2019/20 dazu entschieden, 50 % des vermeintlichen Risikobetrages für das Jahr 2024 wertmäßig einzustellen. Somit wird der proportionellen Risikoperspektive Rechnung getragen, da energiebezogene Übererlösanteile (z.B. Wärme) angemessen zu berücksichtigen waren.

Personalplanung und –rekrutierung

Der derzeitige Stellenplan 2025 hält 123 Stellen vor sowie 4,5 befristete Stellen für den temporären Bedarf der Organisationsentwicklung. Zum 01.05.2025 waren 121 Stellen besetzt. 25 der derzeit 121 Bediensteten der KsB AöR sind 60 Jahre und älter. Knapp 50 % der Bediensteten sind mindestens 50 Jahre alt. Zwar sind als Müllwerker ausschließlich männliche Personen beschäftigt, jedoch sind im Vergleich hierzu die Geschlechterquote bei den Bediensteten der Kleinannahmestellen ausgeglichen.

Bei den 30- bis 49-jährigen liegt der Geschlechteranteil der Frauen bei 16 von 56 bzw. 28,6 %. Auch wenn der Anteil von Frauen nur 27,3 % innerhalb der gesamten KsB AöR ausmacht, zeigt sich der Anteil von Frauen innerhalb der 2. Führungsebene als gut ausgeprägt. Darüber hinaus sind 11 weibliche Bedienstete der Entgeltgruppe ab 9a aufwärts vertreten, hingegen nur 4 Männer. Von den 26 Stellen, die dem Verwaltungsbereich der KsB AöR zugeordnet sind, werden 23 durch Frauen besetzt.

Um die Personalplanung der nächsten Jahre absichern zu können, wird durch aktives Rentenmanagement, die Möglichkeit der temporären Weiterbeschäftigung durch Teilzeitangebote aktiv zwischen Vorstand, Mitarbeitenden und der Personalabteilung kommuniziert.

Die Altersstruktur verdeutlicht, dass aus der Altersgruppe über 60 Jahre in den nächsten sieben Jahren insgesamt 25 Mitarbeitende in das Rentenalter eintreten. In diesem Zusammenhang ist in den Folgejahren die Maßnahme der permanenten Fortschreibung der Personalbedarfsplanung unerlässlich, einhergehend mit einer kontinuierlichen Organisationsüberprüfung der Wiederbesetzung von Stellen. Dabei liegt der Fokus auch auf einem nachhaltigen Personalmanagement für Bestand und Neu-Rekrutierung. Selektiv kann die temporäre Nutzung von Personalleasingangeboten zum kurzfristigen Spitzenausgleich auch künftig notwendig sein.

Kostensteigerungen Fuhrpark

Zur Begrenzung der Emissionen durch Fahrzeuge hat das Umweltbundesamt einen Leitfaden veröffentlicht, der Empfehlungen für die umweltfreundliche Beschaffung für kommunale Nutzfahrzeuge gibt. Seit dem 2. August 2021 gilt der erste Referenzzeitraum für die Beschaffung von als sauber definierten Straßenfahrzeugen und Nutzfahrzeugen, einschließlich Bussen. Dies hatte der Bundestag mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge am 5. Mai 2021 beschlossen.

Bis zum 31.12.2025 sollen Lkw zu 10 % und bis zum 31.12.2030 zu 15 % sauber sein. Dieser Herausforderung, einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Klimapolitik zu leisten, muss und wird sich die KsB AöR in Zukunft stellen. Am 07.11.2023 hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr FAQs zur Umsetzung der CVD herausgebracht und die Konkretisierung in die Hände der Bundesländer gelegt. In diesem Zuge soll auch der Einsatz von synthetischen Kraftstoffen geprüft werden. Die KsB AöR verfügt derzeit über 77 Fahrzeuge und Maschinen, davon sind 61 größer 3,5 t. Die tägliche Fahrstrecke der Fahrzeuge beträgt je Abfallsammelfahrzeug 67 bis 255 km, Abroller/Absetzer 41 bis 326 km, Elektro- und Sperrabfalleinsammlung 116 bis 214 km sowie Tonnendienst 30 bis 193 km. Zur Sicherstellung der laufenden Mobilität mittels firmeneigenen PKW setzt die KsB AöR überwiegend Elektro- und Hybrid-Fahrzeuge ein.

Besondere Risiken

Globale gesellschaftliche und wirtschaftliche Verwerfungen

Die globalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen haben sich auch spürbar auf die Abfallwirtschaft ausgewirkt. Externe Effekte haben Energie und Rohstoffpreise nachhaltig verändert. Dies bezieht sich nicht nur auf höhere Aufwendungen für Gas, Strom und Kraftstoff, sondern auch auf die KsB AöR als Sekundärbestandteil der kritischen Infrastruktur. Diesbezüglich ist auch die KsB AöR gefordert, Präventionsmaßnahmen zu internen und externen Effekten zu eruierten.

Personal

Laut des Europäischen Ladungs-Verbands Internationaler Spediteure ELVIS, dem Spitzenverband der Lkw-Speditionen, drohen der Logistikbranche sowohl in Deutschland als auch in Europa immense Probleme, vor allem aufgrund des ohnehin schon bestehenden Fahrermangels. Daneben ist auch der Fachkräftemangel zu erwähnen.

3) Prognosebericht

Es ist anzunehmen, dass sich der Trend fallender Restabfall- und Sperrmüllmengen in den kommenden Jahren weiterhin verstetigt. Im Gegensatz dazu wird davon ausgegangen, dass die Bioabfallmenge auch in den nächsten Jahren zunimmt.

In Bezug auf PPK-Abfälle wird prognostiziert, dass sich der Papierpreis auf ein Niveau von ca. 100-120 EUR je Tonne bewegen wird. Hierdurch ist in den Folgejahren konsequenterweise keine Gewinnmehrungschance durch Wiederholung dieses Sondereffektes zu erwarten.

Zweckverband Technologiepark Ostfalen

Allgemeine Angaben zum Unternehmen:



Adresse

Steinfeldstraße 3
39179 Barleben

Einteilung

Zweckverbände

Mitglieder/Stimmenanteile

Anteil	
Landkreis Börde	1 von 4
Gemeinde Barleben	1 von 4
Gemeinde Niedere Börde	1 von 4
Stadt Wolmirstedt	1 von 4

Rechtsform

Zweckverband

Wirtschaftsjahr

01.01. – 31.12.

Beschluss Jahresabschluss

Es liegt dem Beteiligungsmanagement noch keine Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2024 vor.

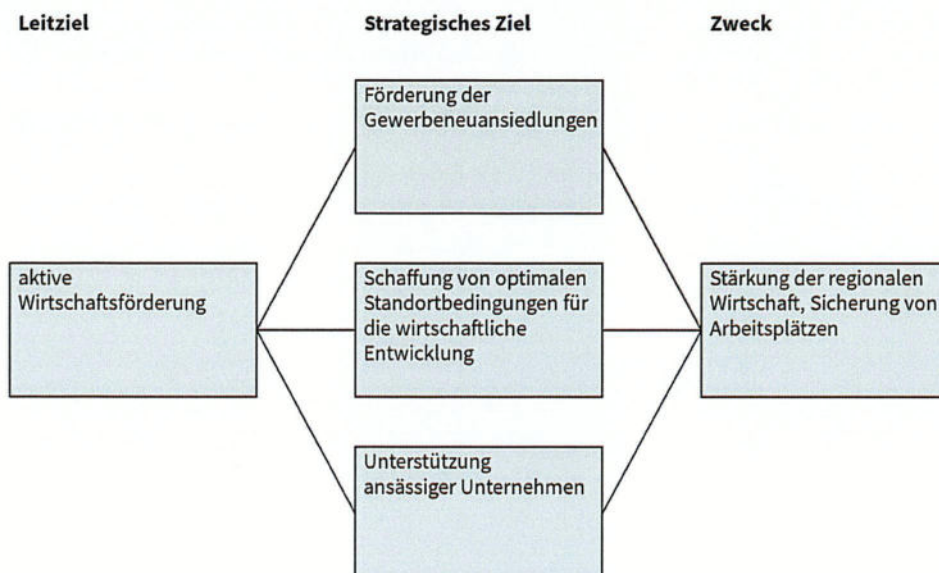
Abschlussprüfer

Es liegt dem Beteiligungsmanagement noch keine Beschlussfassung vor.

Aufgaben und Ziele

Die Gemeinden Barleben, Nedere Börde, Stadt Wolmirstedt und der Landkreis Börde bilden einen Zweckverband. Dieser führt den Namen Zweckverband Technologiepark Ostfalen. Im Rahmen der Ziele und Grundsätze der Raumordnung soll der Zweckverband zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und zur Verstetigung des Wirtschaftswachstums, zur Schaffung und nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zur Schaffung und Entwicklung einer wirtschaftsnahen technologieorientierten Ansiedlungs-, Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur beitragen. Hierzu soll der Technologiepark Ostfalen zukunftsfähig entwickelt und betrieben werden. Dieses steht im Einklang mit dem öffentlichen Interesse, nachhaltiger Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

Öffentliches Interesse:



Organe / Gremien und ihre Mitglieder:

Gremien

Zweckverbandsversammlung

Mitglieder des Landkreises Börde in der Zweckverbandsversammlung

Name	Mandatsfkt.	Fraktion	gültig
Nase, Frank	Vorsitzender		
Keindorff, Franz-Ulrich	Mitglied	FDP	bis 08.07.2024
Stichnoth, Martin	Mitglied	CDU	seit 09.07.2024

Verbandsgeschäftsführer

Mitreiter, Sebastian

Bezüglich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer hat die Gesellschaft von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Wirtschaftsdaten:

Es liegen dem Beteiligungsmanagement noch keine Wirtschaftsdaten für 2024 vor.

Kennzahlen	Ist 2023	Ist 2022
Personalaufwand in Euro	458.944	477.364
a) Löhne und Gehälter in Euro	379.377	389.957
b) soziale Abgaben in Euro	79.567	87.407
EBITDA in Euro	3.298.798	3.838.005
Umsatzrendite in %	1.240	245
Personalumsatzquote (Personalaufwandsquote) in %	188	33
Anlagedeckungsgrad 1 in %	273	266
Eigenkapitalquote I in %	90	88
Eigenkapitalquote II in %	96	96

Bilanz (alle Angaben in Euro)	Ist 2023	Ist 2022
Anlagevermögen	11.301.477	10.465.550
Immaterielle Vermögensgegenstände	29.144	37.278
Sachanlagen	11.227.785	10.367.105
Finanzanlagen	44.548	61.167
Umlaufvermögen	23.119.167	21.140.977
Vorräte	5.371.450	4.892.766
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	225.345	1.029.198
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	17.522.372	15.219.013
Rechnungsabg.posten	6.671	7.369
Summe Aktiva	34.427.315	31.613.896
Eigenkapital	30.842.203	27.811.486
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	27.811.486	24.261.378
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.030.716	3.550.109
Sonderposten zur Finanzierung des SAV	2.250.694	2.403.432
Rückstellungen	39.439	63.753
Verbindlichkeiten	1.269.969	1.326.664
Rechnungsabgr.posten	25.011	8.561
Summe Passiva	34.427.315	31.613.896

GuV (alle Angaben in Euro)	Ist 2023	Ist 2022
Umsatz	244.457	1.447.399
Sonstige betriebliche Erträge	4.295.479	4.607.916
Materialaufwand	43.398	417.618
Personalaufwand	458.944	477.364
Abschreibungen	273.219	255.306
Sonstige betriebliche Aufwendungen	738.796	1.322.329
Zwischenergebnis	3.025.580	3.582.699
Gesamtleistung	4.539.936	6.055.315
Finanzergebnis	29.829	-8.043
Steuern	24.692	24.547
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3.030.716	3.550.109

Personal (alle Angaben in Anzahl)	Ist 2023	Ist 2022
Beschäftigte (Durchschnitt)	7	7

Auszüge aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024:

Es liegt dem Beteiligungsmanagement noch kein Jahresabschlussbericht 2024 mit Anhang und Lagebericht vor.

Allgemeine Angaben zum Unternehmen:



Adresse

Haldensleber Straße 21
39359 Calvörde

Einteilung

Zweckverbände

Gesellschaftsvertrag/Satzung

Es gilt die Verbandssatzung vom 19.01.2018

Mitglieder/Stimmenanteile

	Anteil
Altmarkkreis Salzwedel	2 von 6
Landkreis Börde	2 von 6
Stiftung World Wide Fund for Nature	2 von 6

Rechtsform

Zweckverband

Aufgaben und Ziele

Der Zweckverband hat die Aufgaben,

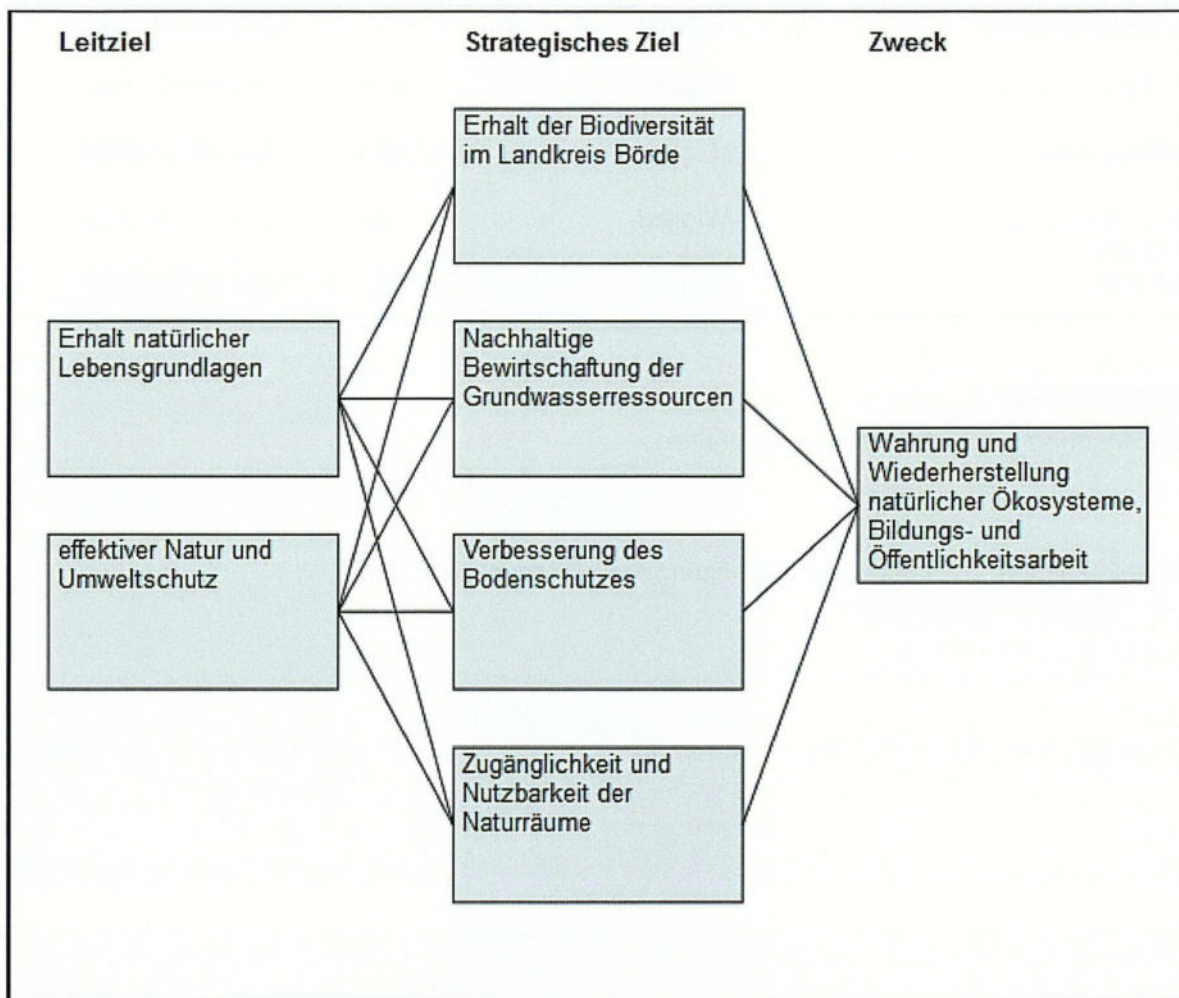
- an der Fortschreibung der Pflege- und Entwicklungspläne/-konzepte für den Drömling und die Ohre maßgeblich mitzuwirken,
- auf der Grundlage der Pflege- und Entwicklungspläne/-konzepte Maßnahmen durchzuführen, die dem Erhalt, der Entwicklung, der Wiederherstellung und der dauerhaften Sicherung des kulturhistorisch, landschaftspflegerisch und ökologisch bedeutsamen Gebietes des Drömlings sowie des Ohrelaufs dienen,
- insbesondere natürliche Ökosysteme zu wahren und durch geeignete Maßnahmen wiederherzustellen, durch Regulierung der Grundwasserstände natürliche Bedingungen für spezifische Pflanzen- und Tierarten zu erhalten, wiederherzustellen, zu entwickeln und dauerhaft zu sichern.
- Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und Kenntnisse und das Verständnis für Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Ökologie sowie naturschonendes Verhalten zu vermitteln und die hierzu erforderlichen Einrichtungen zu errichten und zu betreiben,
- die Anforderungen, die unterschiedlichen Nutzungen, wie Wasser-, Land- und Forstwirtschaft, Jagd- und Fischereiwesen, Siedlungswesen und raumordnerische Planungen, Verkehr, Tourismus, Naherholung, Sport sowie sonstige soziale Belange, an das Verbandsgebiet oder Teile hiervon stellen, nach Möglichkeit zu erfassen und auszugleichen.

Kurzbeschreibung des Unternehmens

Aufgaben des Verbandes sind die konzeptionelle Beplanung und Entwicklung des Großschutzgebietes "Drömling/Sachsen-Anhalt", auf dessen Grundlage Maßnahmen für den Erhalt, die Entwicklung, die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung des kulturhistorisch, landschaftspflegerisch und ökologisch bedeutsamen Gebietes durchgeführt werden.

Die Aufgaben des Naturschutzes, die vom Zweckverband wahrgenommen werden, stehen im Einklang mit dem öffentlichen Interesse.

Öffentliches Interesse:



Organe / Gremien und ihre Mitglieder:

Gremien

Verbandsversammlung

Mitglieder Verbandsversammlung

Name	Mandatsfkt.	Fraktion	gültig
Hoeft, Hans-Joachim	Mitglied		bis 08.07.2024
Kraul, Hans-Werner	Mitglied	CDU	bis 08.07.2024
Krümmling, Tim	Mitglied	CDU	seit 09.07.2024
Rehfeld, Wolfgang	Mitglied	AfD	bis 17.09.2025
Erich Erhard			
Miegel, Ralf	Mitglied	AfD	seit 17.09.2025

Geschäftsführung

Kausche, Matthias (Verbandsgeschäftsführer)

Der Geschäftsbericht 2024 liegt dem Beteiligungsmanagement nicht vor.